

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummier, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum sechstenmal innerhalb eines Jahres werdet Ihr an die Wahlurne gerufen.

Bei all diesen Wahlen stand die gleiche Frage zur Entscheidung, die Schicksalsfrage von der künftigen Gestalt des deutschen Staates, von dem Geist seiner Gesetzgebung und seiner Verwaltung. Soll die Staatsgewalt einer kleinen Herrschicht, soll sie der Diktatur einer Partei, soll sie einer Einheitsfront der sozialen Reaktion überantwortet oder soll das Volk wieder souverän im Staate werden?

Um diese Frage geht der erbitterte Kampf. Er ist noch nicht entschieden, trotzdem seit langem schon die Staatsgewalt nicht mehr vom Volke ausgeht, sondern beim Reichspräsidenten und seinen Ratgebern konzentriert ist.

Ihr habt bisher bei jeder Wahl Euren Gegnern innerhalb und außerhalb der Regierung Euren festen Willen entgegengestellt, die Souveränität des Volkes in vollem Umfange wiederzugewinnen. Ihr habt das Volksrecht gegen jegliches Diktaturgelüst verteidigt. Wirtschaftliche Not und politischer Terror haben Euren Freiheitswillen nicht gebrochen. Euer Kampf war nicht vergebens, wenn auch zur Zeit

### die soziale Reaktion im Sattel

sitzt. Denn heute ist Euer rechtmäßiger Widerstand gegen jeglichen Umsturz der stärkste, der einzig wirksame Schutz der Verfassung und Eurer Rechte.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer! Ihr wißt, was auf dem Spiel steht. Ihr kennt die Geschichte der letzten vierzehn Jahre, Ihr habt nicht vergessen, wie sie wirklich gewesen ist. Ihr glaubt keine schwarzweißbroten Märchen über den Marxismus. Ihr wißt, was Ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt.

Erst als die Staatsgewalt vom Volke ausging, erst im November 1918, wurde die Schmach des Dreiklassen-Wahlrechts ausgelöscht. Erst damals wurden die letzten Schranken der Koalitionsfreiheit niedergerissen. Erst damals wurde das Sklavenrecht der Landarbeiter, die Gesindeordnungen, beseitigt. Erst seit jenen Tagen wurde der Bau der deutschen Sozialpolitik zum Bollwerk der inneren Freiheit unseres Volkes. Erst damals wurde das deutsche Arbeitsrecht zu der Brücke zwischen Arbeiterbewegung und Nation, an deren Grundpfeilern Eure Feinde heute rütteln.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Staatsgewalt darf nicht jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert werden, die ihre Willkür an Stelle Eures rechtsschöpferischen Willens setzen wollen.

So unabsehbar die wirtschaftliche Not ist, Ihr habt noch viel zu verlieren. Schützt Euer Recht! Verteidigt am 5. März das neue Deutschland gegen den Generalangriff seiner inneren Feinde.

Ihr wißt, in welcher Front Ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wißt, wem Ihr Eure Stimme zu geben habt. Eure Entscheidung wird fallen

### für Volksherrschaft gegen Diktatur, für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes  
und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

## An die Wahlurne!

Der Reichstag sowie der Preußische Landtag sind aufgelöst worden. Am 5. März werden die beiden Parlamente neu gewählt. Für die Auflösung werden verschiedene Gründe angegeben, so auch der, das Volk solle sich klar entscheiden, ob es sich zu der Politik der jetzigen Regierung bekenne.

Wer bildet die jetzige Regierung? Der Reichskanzler ist das Haupt der Nationalsozialistischen Partei, die wichtigsten der anderen Ministerien sind von Deutschnationalen besetzt. Die Nationalsozialistische Partei zählt zu ihren hohen Gönnern oder Förderern Großindustrielle, Bankiers und ehemalige Fürsten; die Deutschnationalen sind die ausgesprochenen Vertreter der Schwerindustrie und der Junkerschaft. Wenn je noch einer über die Politik des derzeitigen Reichskabinetts im Zweifel sein sollte, seine Zusammensetzung schon würde die nötige Aufklärung geben.

Allerdings bestehen zwischen den beiden Regierungsparteien allerhand Meinungsverschiedenheiten. Sie dürften sich nach der Wahl deutlicher als bisher zeigen. Aber darin sind beide Parteien ganz bestimmt einig: den „Marxismus“ zu beseitigen. „Marxismus?“ Darin verstehen beide Seiten der Regierung die organisierte Arbeiterschaft, insbesondere die Gewerkschaften und deren Tun und Streben. Sie sollen beseitigt, ausgerottet werden, in zehn Jahren soll es keinen „Marxismus“ in Deutschland mehr geben.

Woher kommt dieser unbändige Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft und ihrem Tun und Trachten? Nun, die Gewerkschaften haben es sich angelegen sein lassen, die Lage der arbeitenden Schichten zu verbessern. Wenn die Unternehmer den Lohn kürzen wollten, widerstanden dem die Gewerkschaften. Wenn den Arbeitern Rechte und Freiheiten beschränkt werden sollten, stemmten sich die Gewerkschaften entgegen. Wenn Volksnahrungsmittel durch Zölle und Steuern verteuert werden sollten, riefen die Gewerkschaften zur Abwehr auf. Nicht nur das.

Die Gewerkschaften widerstanden nicht bloß den Verschlechterungen des Lebensstandes der Arbeiterklasse, sie suchten ihn auch zu heben. Unzählige Kämpfe um mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Recht, mehr Kultur, mehr Licht sind von den Gewerkschaften geführt worden. Wann und wo immer um das Wohl der unteren Schichten gerungen wurde, standen die Gewerkschaften an vorderster Stelle.

Nun wird man den Haß der kapitalistischen Oberschicht gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen,

gegen den „Marxismus“ verstehen. Dieser Haß ist in den letzten Jahren, in der Zeit der Wirtschaftskrise noch unbändiger geworden. Nach der Ursache braucht nicht lange gesucht zu werden.

„Der Kapitalismus ist in voller Zersetzung. Aus eigener Kraft kann er sich nicht am Leben halten, noch kann er die Ursachen seines Niederganges beheben. Er bietet als Aussicht nichts als graues Elend. Die kapitalistische Gesellschaft aber will leben, besonders ihre Oberschicht, die Finanz, die Großindustrie und die Agrarier. Diese Herrschaften wollen auch weiterhin ihr parasitäres Dasein fristen. Dies aber ist, weil die kapitalistische Mißwirtschaft keinen Gewinn mehr abwirft, nur auf Kosten der arbeitenden Masse, der kleinen Bauern, Gewerbetreibenden und besonders der Arbeiter möglich.“

Das deutsche arbeitende Volk ist von sprichwörtlicher Gutmütigkeit. Schließlich aber nimmt alles einmal ein Ende, selbst diese Gutmütigkeit. Das befürchten die Herrschaften, die aus der Gutmütigkeit der unteren Volksschichten Vorrechte, Reichtum und Lebensgenuß ziehen. Sie befürchten, daß die schaffenden und notleidenden Schichten, geschart um die Gewerkschaften, dieser Drangsal von einem Wirtschaftssystem und seinen Nutznießern tatkräftig zu Leibe gehen. Aus der Furcht vor dieser Wahrscheinlichkeit quillt der Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen den „Marxismus“. Darum soll er ausgerottet werden.

Wie die Ausrottung vor sich geht, dafür liefert jeder Tag unmißverständliche Beweise. Die letzten paar Wochen hat es blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten außerordentlich viel gegeben. Nicht wenige Arbeiter haben ihre Gesinnung mit ihrem Leben oder mit ihrer Gesundheit bezahlen müssen. Jeder Tag bringt neue Zeitungsverbote. Hierdurch wird die freie Meinung gehemmt, der Arbeiterklasse wird die Möglichkeit eingeschränkt oder genommen, zum Lohnkampf aufzufordern und Klage oder Anklage gegen ihre Bedrücker zu erheben. Gleichzeitig wurde der Rest der höheren Beamten abgesetzt, die im Geruche demokratischer Gesinnung stehen. Außerdem werden die Zölle auf wichtige Volksnahrungsmittel erhöht, was für bestimmte Grundbesitzer neuen Gewinn und für die unteren Schichten neue Entbehrungen bedeutet.

Und das alles ist nur der Anfang! Das dickere Ende wird nach den Wahlen kommen. Das Ende wird um so dicker, um so schwerer, um so unheilvoller für die Arbeiterklasse, nein, für die übergroße Mehrheit des

Volkes sein, je geringer der Wahlerfolg der sozialistischen Arbeiterschaft ist.

Noch einmal: das dickere Ende wird bestimmt kommen, wenn die Arbeiterschaft nicht alle Kräfte für ihren Wahlerfolg einsetzt. Der letzte Proletarier, die letzte Proletarierin muß aufgeklärt, mobilisiert, mit einem sozialistischen Stimmzettel an die Wahlurne gebracht werden. Die sozialistische Stimme muß weit über die eigene Klasse hinausgetragen werden. Kein Kopf, kein Herz, keine Hand darf jetzt müßig bleiben. Die Bauern, die Händler, die Angestellten, die Beamten müssen gleichfalls für die Sache der Arbeiterschaft, das ist für die Sache der Menschlichkeit, gewonnen werden. Denn diese Schichten leiden genau wie der eigentliche Proletarier unter der kapitalistischen Mißwirtschaft und ihrer politischen Vertretung.

Und nun noch eins: Nicht bloß einzelne Teile des arbeitenden Volkes sind jetzt bedroht, sondern seine Gesamtheit. Sein Feind fragt nicht danach, ob ein Proletarier christlich, sozialdemokratisch, kommunistisch oder sonstwie gesinnt ist. Dieser Feind bedroht alle Proletarier, alle freiheitlichen Bürger in gleich starkem Maße. Er lebt von den einen, indem er sie ausbeutet, und er sichert sich seine Vorrechte gegen die anderen, indem er sie unterdrückt. Das ist nicht zu vergessen. Das ist zu beherzigen.

Darum, ihr Proletarier und Proletarierinnen, laßt nun endlich den Bruderstreit ruhen. Von eurer Zwietracht lebt euer gemeinsamer Feind! Er wurde stark, er ist überstark geworden, weil ihr schwach ward an einfacher proletarischer Vernunft. Werdet nun jetzt wenigstens vernünftig! Es geht heute nicht darum, wer das richtigere Parteizeichen hat; es geht auch nicht darum, ob dieser oder jener Führer, diese oder jene Richtung Fehler gemacht hat; schon gar nicht geht es darum, ob diese oder jene Partei „verraten“ hat. Jetzt geht es einzig und allein darum, ob ihr Proletarier und Proletarierinnen noch allesamt leben, frei atmen, um Besseres ringen könnt. Wer das nicht einsieht und demgemäß handelt, der begeht wirklich Verrat, nicht bloß an sich und seiner Familie, sondern an der großen gemeinsamen Sache der Arbeiterklasse. Jetzt heißt es zusammenstehen, um nicht zusammen unterzugehen!

Für welche Partei die freien Gewerkschafter am 5. März stimmen sollen, braucht hier eigentlich nicht gesagt zu werden. Sie werden für die Sozialdemokratie stimmen. Für die Partei, der sie die politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften mitverdanken. Für die Partei, die mehr als ein halbes Jahrhundert das rote Banner vorantrug. Für die Partei, die schon vermöge ihrer Zahl und ihrer Geschlossenheit Gewähr dafür bietet, daß das arbeitende Volk aus dem kapitalistischen Sumpf heraus zu einem lichten Ufer kommt.

Die freien Gewerkschafter und ihre Angehörigen stimmen darum

### für Liste 2.

## Wann herrschte der Marxismus?

Die Verlautbarungen der jetzigen nationalen Regierung oder ihrer Minister sind eine wahrhaftige Fundgrube interessanter Neuigkeiten. Darin findet man beispielsweise verkündet, in Deutschland habe der Marxismus seit 14 Jahren regiert. Darüber muß jeder staunen, der nicht erst gestern geboren ist, sondern diese 14 Jahre schend miterlebt hat. Allein, in dem Aufruf der Reichsregierung „An das deutsche Volk“ steht schwarz auf weiß: „14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert“, und durch die Rede des Reichskanzlers Hitlers im Berliner Sportpalast erfahren wir: „Der Kampf um die Nation führt zum Kampf gegen den Marxismus. 14 Jahre herrscht diese Partei, 14 Jahre herrscht diese Weltanschauung.“

Mit diesen interessanten Neuigkeiten lassen wir auch den ersten Punkt des Regierungsprogramms, das Herr Hitler, der große Führer, bekanntgegeben hat. Und dieser Punkt lautet: „Wir wollen nicht lügen und wir wollen nicht schwindeln.“ Diesem Vorsatz dürfen wir unsrerseits uns nicht entziehen. Wir haben daher die Regierungslisten der 14 Jahre eingehend gemustert. Es sind darin bis zum Jahresbeginn von 1933 14 Kabinette verzeichnet. In diesen Kabinetten war nur viermal ein Sozialdemokrat Reichskanzler, und bloß in fünf von diesen 14 Regierungen waren Sozialdemokraten vertreten. Die anderen neun Regierungen wurden ausschließlich von den bürgerlichen Parteien gebildet, und keineswegs von linksbürgerlichen, sondern unter ihnen nahmen die Rechtsparteien, wie die Deutschnationalen, Volksparteiler, die Wirtschaftspartei, zuweilen hervorragenden Anteil.

Wenn nun in keiner Regierung dieser 14 Jahre die Sozialdemokraten eine Mehrheit hatten, ja sogar die meiste dieser Zeit nicht einmal der Regierung angehörten, so können sie wohl auch nicht gut „Deutschland ruiniert“ haben. Es muß sich demzufolge der Reichskanzler Hitler geirrt haben.

Vielleicht aber hat der Marxismus außerhalb der Regierung, etwa in der Wirtschaft geherrscht? Sehen wir zu. Der Marxismus bedeutet in seines Wesens Kern Vergesellschaftung des

## Aus dem Inhalt

|  | Seite |
|--|-------|
| An die Mitglieder der Gewerkschaften — An die Wahlurne                 | 43    |
| Des Dritten Reiches zweite Woche — Tauziehen zwischen Hitler-Hugenberg | 44    |
| Stahlbad Anno 17 — Neue Formen der Ehegemeinschaft                     | 45    |
| Der Kampf um den Arbeitsplatz — Vom Vorstand                           | 46    |
| Nur keine Illusionen — Die Arbeitslosigkeit in Europa                  | 47    |
| Autoschau in Berlin — Neue Schriften                                   | 48    |

# Des Dritten Reiches zweite Woche

kapitalistischen Privateigentums, das heißt der Produktionsmittel, wie Großgrundbesitz, Zechen, Werke, Maschinen und Banken. Wenn die Entfaltung der kapitalistischen Produktivkräfte einen solchen Grad erreicht hat, daß sie von ihren privaten Besitzern nicht mehr gemindert werden können, oder sie von ihnen nicht ihrem Urzweck gemäß verwendet, sondern zum Nachteil der Allgemeinheit mißbraucht werden, dann „hat die Stunde des kapitalistischen Privateigentums geschlagen“, dann sind — nach der marxistischen Lehre — die kapitalistischen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen und zu deren Wohle zu verwenden.

Das ist, in ein paar Sätze gepreßt, der Marxismus. Ist ihm gemäß in Deutschland die letzten 14 Jahre irgendwo gehandelt worden? Wir müssen gestehen, daß wir davon — leider — nichts gemerkt haben. Oder sollten womöglich ganz insgeheim der ostelbische Großgrundbesitz für Siedlerstellen, die Kohlenzechen und Eisenhütten, die Elektrizitätskonzerne und dergleichen sozialisiert oder auch nur verstaatlicht worden sein? Wir wissen wohl, daß die ostelbischen Grundbesitzer ohne Hunderte von Millionen aus dem Steuersäckel nicht leben können; es ist landwiegend bekannt, daß der Staat den Schwerindustriellen fette Subventionen und Zölle gewährt, damit sie nicht bankrott gehen; jedermann weiß, daß die Banken beträchtliche Mengen öffentlichen Geldes bekommen haben, um die Schalter offenhalten zu können — aber daß auch nur ein einziges dieser von Steuergeldern ausgehaltenen Gewerbe oder Unternehmen — der marxistischen Lehre gemäß — in Gemeinbesitz genommen worden wäre, das ist nirgends berichtet worden. Berichtet wurde aber und wird nach wie vor, daß beispielsweise der Großgrundbesitz wie die Schwerindustrie und der Hausbesitz nach öffentlicher Hilfe in Gestalt von direkten Subventionen oder indirekter Unterstützung durch Zölle, Bürgschaften, Steuernachlässe und ähnlichem schreien und bisher auch stets erhalten haben. Es ist folglich eher zu sprechen von einer Verprivatlichung der Staatskasse zugunsten des kapitalistischen Privateigentums, als von einer Verstaatlichung des kapitalistischen Privateigentums zugunsten des Staates. Es ist also bestimmt das blanke Gegenteil von Marxismus vor sich gegangen.

Wenn irgend etwas die letzten 14 Jahre in Deutschland geherrscht hat, dann sicherlich nicht der Marxismus, sondern ganz ausschließlich sein Gegenpart, der Kapitalismus. Infolgedessen ist dieser allein für die Verelendung der Bauern und die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die unbedingte Richtigkeit dieser Behauptung wird neben vielem anderen durch die Tatsache bewiesen, daß auch in anderen Ländern, wie in Amerika, die Bauern in noch größerem Elend und die Arbeitslosigkeit noch schrecklicher ist, als in Deutschland. Die Schuld an diesen Übeln in Amerika wird kein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, dem Marxismus zuschieben, weil davon in Dollarlande so viel wie nichts vorhanden ist.

## Die Arbeitsinvaliden erinnern . . .

Das Elend der Arbeitsinvaliden schreit gen Himmel. In einem langen Leben haben sie sich durch regelmäßige Beiträge ein Anrecht auf eine wenn auch karge Unterstützung erworben, oder sie glaubten das jedenfalls. Die sauer erworbenen Bezüge aber sind ihnen verschiedenfach gekürzt worden, um „Wirtschaft und Finanz zu sichern“. Hunger und Verzweiflung brachten viele Arbeitsinvaliden zu den Nazis. Sie meinten, wenn diese erst mal an der Regierung seien, werde das verübte Unrecht gleich wieder gutgemacht werden. Nun sind die Nationalsozialisten an der Regierung. Man wird es daher verstehen, daß sich die Invaliden an den Reichskanzler Hitler gewandt haben. Die wesentlichen Sätze dieser Eingabe des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden lauten:

„Bei den Beratungen im Reichstag hat Ihre Partei, Herr Reichskanzler, für die Aufhebung der Notverordnungen gestimmt und ein Antrag der Nationalsozialisten gelangte zur Annahme, der eine umfassende Winterhilfe verlangt. Wir verweisen insbesondere auf die Beschlüsse des Haushaltsausschusses vom 12. und 13. Dezember 1932 und auf die Beschlüsse des sozialen Ausschusses des Reichstages vom 25. Januar 1933. Diese Beschlüsse auf Aufhebung der Notverordnungen und Schaffung einer umfassenden Winterhilfe sind unter einstimmiger Mitwirkung Ihrer Parteianhänger zustande gekommen. Wir verweisen auch darauf, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in zahllosen Versammlungen durch ihre prominenten Vertreter und durch die Presse dieser Partei immer wieder erklärte, daß die Notverordnungen sofort beseitigt werden müssen.“

Jetzt sind Sie, Herr Hitler, als Führer der NSDAP Kanzler des Deutschen Reiches. Die Arbeitsinvaliden, Arbeiterwitwen und -waisen, denen durch die Notverordnungen der früheren Regierung schwere Not aufgebürdet wurde, fragen jetzt mit Recht, ob nunmehr, nachdem der Chef der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Reichskanzler ist, das gegen sie begangene Unrecht schnellstens beseitigt wird.

Sie, Herr Reichskanzler, haben immer versprochen, das Unrecht, das durch die Notverordnungen geschaffen wurde, mit Ihrem Amtsantritt wieder gutzumachen. Im Auftrage der Arbeitsinvaliden und Arbeiterhinterbliebenen unterbreiten wir Ihnen unsere Forderung, gestützt auf Ihre und Ihrer Parteiführer Versprechungen, die die Arbeitsinvaliden so schwer drückenden Notverordnungen außer Kraft zu setzen und das alte soziale Recht wieder herzustellen.“

Die Antwort des Herrn Hitler wird beachtenswert sein.

## Es hagelt Zeitungsverbote

Die Zeitungsverbote häufen sich derart, daß es schwer wird, sie alle aufzuzählen. Von dem Verbot werden außer sozialdemokratischen und kommunistischen Blättern auch solche vom Zentrum und den Gewerkschaften betroffen. In den letzten paar Tagen wurden folgende Zeitungen verboten:

Die „Gewerkschaft“, das Blatt des Gesamtverbandes, mit ihren Kopfbüchern bis zum 26. März. Der Verbotgrund wurde in einem Eingangs aus dem Mitgliederkreis in Nr. 6 der „Gewerkschaft“ gesehen.

Der „Proletarier“, das Blatt des Fabrikarbeiter-Verbandes, wurde am 9. Februar beschlagnahmt oder sollte beschlagnahmt werden, da die Auflage der Nr. 6 schon verächtlich war. Die Veranlassung der Beschlagnahme bildete der Leitartikel: Eine Regierung gegen Republik, gegen Demokratie und gegen die Arbeiterschaft.

In Mecklenburg wurde von der Naziregierung die gesamte sozialdemokratische Presse auf acht Tage verboten. Es sollen in verschiedenen Aufsätzen Mitglieder der Regierung biswilling verächtlich gemacht worden sein. — Auf Ersuchen des Reichsinnenministers hat die badische Regierung die „Volkszeitung“ in Heidelberg auf fünf Tage verboten. — Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Köln wurde auf sechs Tage bis zum 20. Februar verboten. Ferner wurden der „Vorwärts“, die „Reichsbanner-Zeitung“, die „Rheinische Wacht“ in Koblenz, die „Volkskraft“ in Trier und die „Volkszeitung“ in Aachen verboten.

Die Magdeburger „Volksstimme“ wurde auf fünf Tage verboten. — Das schlesische Zentralblatt „Neißer Zeitung“ wurde auf drei Tage verboten. — Die in Berlin erscheinende satirische Wochenschrift „Die Ente“ wurde bis zum 31. März verboten. — An kommunistischen Blättern wurden die „Rote Fahne“, das „Thüringer Volksblatt“, die „Neue Arbeiter-Zeitung“ (Hannover) und „Berlin am Morgen“ verboten. — Schließlich wurde das Wochenblatt des ehemaligen Nationalsozialisten Otto Straßer, die „Schwarze Front“, verboten.

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg hat in der zweiten Woche ihres Bestehens ebenso tüchtig geschäftet wie in der ersten. Zunächst verdient erwähnt zu werden, daß sich die beiden Parteien, die diese Regierung bilden, also die nationalsozialistische und die deutschnationale, dem Volke im Radio in großem Aufzug vorgestellt haben. Das geschah im Sportpalast zu Berlin am 10. und 11. Februar. Am ersten Abend sprach der „Führer des deutschen Volkes“, Herr Hitler, am zweiten Abend sprachen die Reichsminister Hugenberg, v. Papen und Seldte.

Bei dieser Gelegenheit zeigte sich aufs neue, wie nützlich das Radio ist. Vor dieser prächtigen Erfindung mußten Reden durch die Zeitung der Volksmasse zugänglich gemacht werden. Die Zeitungsmenschen aber haben bekanntlich die üble Manier, die Reden zuzustutzen. Auf diese Weise gehen die Perlen der Reden sowie ihre Unmittelbarkeit und Vollständigkeit verloren. Dank dem Radio aber vernimmt man jetzt die Reden vollständig; es geht nichts verloren von dem Geiste, der von dem Munde der Redner kommt, und nichts von dem Beifall, der gesendet wird. So war es allen Volkskreisen möglich, sich ein richtiges Bild von dem Geiste der Herren, die im Sportpalast sprachen, und von der Intelligenz ihrer Gefolgschaft, die Beifall spendete, zu machen. Das ist sehr zu begrüßen.

Daß die Führer beider Regierungsparteien, der Reichskanzler Hitler ebenso wie die deutschnationalen Minister, nichts als den Ehrgeiz haben, das deutsche Volk aus seiner Unfreiheit und seiner wirtschaftlichen Not zu erlösen, ist eigentlich selbstverständlich. Wie sie das tun wollen, haben sie freilich nicht klar zum Ausdruck gebracht. Infolgedessen ist man mit seinem Urteil auf das angewiesen, was diese nationalen Männer als Regierung bewerkstelligt haben. Und das ist beweiskräftig genug.

Die letzten Tage ist eine außerordentlich hohe Zahl von Zeitungen verboten worden. Daß mit den Verboten besonders Arbeiterblätter heimgesucht wurden, ist an anderer Stelle dieser Zeitung nachzulesen. Außer diesen Verboten hat die Regierung die Zölle auf wichtige Volksnahrungsmittel, wie lebendes Vieh, Fleisch und Schmalz, erhöht. Der Zoll für Schmalz ist vervielfacht worden. Dadurch wird sich der Preis des Auslandsschmalzes, der bis jetzt etwa 47 Pf. betrug, um 20 Pf. das Pfund verteuern. Die Folge wird sein, daß dieses Nahrungsmittel noch mehr von dem Tische der Arbeiter und Angestellten verschwindet. Obwohl die Schmalzollerhöhung erst am 15. Februar in Kraft getreten ist, sind die Großhandelspreise für den Doppelzentner Schmalz bereits von 88 auf 100 und mehr Mark emporgeschneit.

Mit den Zeitungsverboten und der Verteuerung wichtiger Nahrungsmittel durch Zollerhöhung ist natürlich die Tätigkeit unserer nationalen Regierung keineswegs erschöpft. Auf Veranlassung der Reichskommissare für Preußen ist eine Anzahl Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, Regierungsbeamter und Polizeioffiziere ihres Amtes enthoben oder be-

urlaubt worden. Die Entlassungen treffen nicht nur Beamte, die der Sozialdemokratie, sondern auch dem Zentrum angehören. In die leer gemachten Stellen werden, soweit sie wieder besetzt werden, Angehörige der beiden Regierungsparteien eingeschoben. Den abgesetzten Beamten muß Pension oder Wartegeld bezahlt werden. Das kostet den Steuerzahlern eine dicke Stange Gold. Sie werden die Ausgabe wohl gerne begleichen, zumal sie es ja danach haben und siniternalen Arbeitsbeschaffung eben Geld kostet.

Es ist vielfach garstig gerügt worden, daß der „große Führer“, Herr Hitler, nicht kund und zu wissen tue, wie er sein hohes Ziel, die deutsche Nation vom Elende zu befreien, verwirklichen will. Mit dieser Rüge wird wohl nun Schluß gemacht werden müssen. Denn im Sportpalast hat der „Führer“ das so laut gefragte Programm bekanntgegeben. Es umfaßt 12 Punkte. Zur Unterrichtung und Erbauung der Leser seien die, wie wir glauben, wichtigsten Punkte wiedergegeben: „Wir wollen nicht lügen und nicht schwindeln und keine billigen Versprechungen machen.“ Eine solche Versicherung dürfte, weil für jede Partei und jeden Politiker ganz selbstverständlich, mancher überflüssig halten; allein, Herr Hitler wird gewichtige Gründe haben, diese Versicherung ausdrücklich zu machen. Andere Programmpunkte sind: „Wir wollen arbeiten, aber das Volk soll mitarbeiten. Die ewigen Gesetze des Lebens sind immer gleich und immer dieselben. Das Ziel unserer Arbeit ist die Erhaltung des deutschen Volkes und seines Bodens. Dazu müssen wir zunächst die Ursachen des Verfalls beseitigen, den Marxismus vernichten. Wir müssen das Volk aufbauen auf den deutschen Bauern, als dem Grundpfeiler jedes völkischen Lebens. Der deutsche Arbeiter als zweiter Grundpfeiler unseres Volkstums muß wieder zurückgeführt werden in die Gemeinschaft unseres Volkes. Wir wollen dem deutschen Geist die Möglichkeit seiner Entfaltung sichern. Wiederherstellung der Sauberkeit im Volke, im öffentlichen Leben und in der Kultur.“

Diese Programmpunkte zeugen, wie man eingestehen muß, von einer nicht alltäglichen Geistigkeit. Schade nur, daß man auch daraus nicht erfährt, wie Bauern und Erwerbslose, wie ihnen versprochen, in vier Jahren von ihrer Qual erlöst werden sollen. Die beiden großen Leidtragenden der Wirtschaftskrise haben schon so unendlich viel Worte gehört, aber noch nichts von Taten gesehen. Sie interessieren sich aber, begreiflicherweise, zuvörderst für die Taten. Sie warten auf positive Leistung. Sie mögen der Meinung sein: Sorgt nur erst einmal für Arbeit, Verdienst und Brot, dann sorgen die sittlichen, kulturellen und sonstigen nationalen Belange schon für sich selbst.

Aber gerade über die alles bewegende Frage der Gegenwart, wie Arbeit, Verdienst und Brot für die verelendende Masse besorgt werden sollen, erfährt man aus dem Programm des „großen Führers“ nichts Bestimmtes. Mit der Lösung dieser Frage sollte doch gleich nach der Mächtigergreifung der Nationalsozialisten begonnen werden. Das wäre eine wirklich nationale Tat, nein, die nationale Tat! Warum nur damit noch immer nicht begonnen wurde? Ja, warum nur?

## Tauziehen zwischen Hitler-Hugenberg

Die neueste nationale Regierung hat durch ihren Chef, Herrn Hitler, verkünden lassen, Bauernnot und Arbeitslosigkeit in vier Jahren abzuschaffen. Auf welche Weise das geschehen soll, ist vorerst noch ein Geheimnis. Die vielversprochenen Pläne, die in der Schublade Hitlers liegen, erblickten das Tageslicht noch nicht. Indessen kennt man die Zusammensetzung der Regierung. Man kennt die Absichten und Ziele der in ihr vereinigten beiden Parteien, und so kann man sich einige Gedanken darüber machen, ob diese Zusammensetzung die Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes erlaubt.

Die Koalitionsregierungen der Nachkriegsjahre beruhten auf Kompromissen, die einer jeden wichtigen Klasse und Schicht das ihrige gegeben haben. Sozialpolitik den Arbeitern, Agrarpolitik den Landwirten, Zölle und Subventionen der Industrie und der Landwirtschaft. Je mehr sich dann die politischen Kräfte nach rechts verlagerten, um so geringer wurde der Anteil der Arbeiterklasse an den Vorteilen, die der Staat zu vergeben hat, um so größer der Anteil anderer Klassen. Ein Wirtschaftsplan war das alles nicht. Die Regierung Hitler begann dagegen mit der Ankündigung eines Wirtschaftsplanes mit den erwähnten großen Zielsetzungen der Beendigung von Bauernnot und Arbeitslosigkeit. Unsere Leser wissen zur Genüge, daß es einen Wirtschaftsplan, der die erwähnten großen Ziele verwirklichen könnte, auf kapitalistischer Grundlage überhaupt nicht geben kann und sind deshalb gegenüber der Ankündigung solcher Pläne von vornherein skeptisch. Diese Skepsis wird aber noch ganz besonders stark, wenn man an die Gegensätze denkt, die zwischen der Hauptmasse der Nationalsozialisten, mit denen die nationalsozialistische Regierungsmitglieder zu rechnen haben, und den Kreisen hinter dem Wirtschaftsminister Hugenberg bestehen.

Jedoch läßt der Gegensatz Hitler-Hugenberg die Inangriffnahme auch einer wirksamen Krisenbekämpfung als eine Utopie erscheinen. Ein Teil dieser Gegensätze bleibt allerdings verdeckt. So reden sowohl Hitler wie Hugenberg von der Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. Wir wissen, daß die Siedlung selbst wenn sie Jahrzehnte hindurch durchgeführt wird, einen nur sehr kleinen Teil der Bevölkerung erfassen kann. Auch wollen wir die Frage des Absatzes der von den Siedlern hergestellten landwirtschaftlichen Produkte auf sich beruhen lassen. Fest steht aber, daß Voraussetzung einer umfangreichen Siedlung billiger Siedlungsboden ist. Heute steht zu Siedlungszwecken Boden überhaupt kaum zur Verfügung, während der Bodenpreis derart hoch ist, daß dabei

Siedlungsstellen mit Aussicht auf eine ertragreiche Bewirtschaftung nicht errichtet werden können. Die Erweiterung des Vollstreckungsschutzes und andere Begünstigungen, die von Hugenberg geplant sind, werden von dem Ziel, billige Siedlungsstellen zu beschaffen, noch weiter entfernen.

Verdeckt werden ferner die Gegensätze zwischen getreidebauender Großlandwirtschaft und den Bauern, die Veredelungsproduktion betreiben. Zunächst möchte man diese gegensätzlichen Interessen dadurch überbrücken, daß man die landwirtschaftlichen Zölle weiter erhöht, und die landwirtschaftliche Einfuhr auch durch Kontingente weiter abdrosselt. Jedoch wird es sich bald ergeben müssen, daß eine solche Handelspolitik die Bauern letzten Endes schädigen muß, da sie zum Exportmord in der Industrie führt, der die Massenkaukraft weiter einschnürt und den inländischen Absatz landwirtschaftlicher Veredelungsprodukte weiter erschwert.

Verdeckt werden weiter die Gegensätze auch im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffung. Diesbezüglich herrscht sogar in einem Punkt zunächst Einmütigkeit: der nationalsozialistische Plan der Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird von Hugenberg gutgeheißen. Durch die Arbeitsdienstpflicht kann jedoch nur ein sehr geringer Teil der Arbeitslosen aufgezogen werden, zumal wenn man bedenkt, daß sie sehr kostspielig ist und daher die Anziehung der Steuerschraube notwendig macht, was wiederum Ausfall an Arbeitsgelegenheiten bei den steuerüberlasteten Unternehmen zur Folge hat, und daß sie weiterhin unfehlbar dazu führt, Arbeitsgelegenheiten von bisher beschäftigten Arbeitern wegzunehmen. Im Endergebnis kann man also von der Arbeitsdienstpflicht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht erwarten.

Hugenburgs Absichten für die Industrie sind bekannt: Er möchte eine Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik führen, die die Unternehmerschaft auf Kosten der Arbeiter fördern soll. Wie weit im einzelnen die lohnpolitische und sozialpolitische Reaktion gehen wird, können wir noch nicht beurteilen. Will aber Hitler, selbst wenn er die nationalsozialistische Versprechungen für einen Ausbau der Sozialpolitik zurückstellt, zumindest nicht das strikte Gegenteil dessen tun, was die Nationalsozialisten hundertfach versprochen haben, so muß er sich in einen unlöslichen Gegensatz zu Hugenberg verstricken. Daß die Wirtschaftskrise selbst durch eine weitere Einschränkung der Massenkaukraft nicht erleichtert, sondern nur verschärft werden kann, darüber braucht man nicht viel Worte zu verlieren.

## Die Bedeutung der Konsumgüterindustrie

Die Arbeitslosigkeit ist deshalb so hoch, weil die Produktionsgüterindustrien vollständig daniederliegen. Die Weltwirtschaft war auf ihre ständige Erweiterung eingestellt. Millionen Arbeiter wurden angesetzt, um den Produktionsapparat ständig zu erweitern. Um ein Gleichnis zu gebrauchen: das größte Gewicht ist darauf gelegt worden, die Backöfen zu vergrößern, wodurch die Herstellung von Brot vernachlässigt wurde. Durch eine pflegliche Behandlung der Konsumgüterindustrie, gestützt durch Erhaltung und Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung aller Länder, würden solche Wirtschaftskatastrophen nicht ausbrechen. Eine im Societäts-Verlag, Frankfurt a. M., erschienene Schrift von Erich Welter: „Ende und Lehren der Krise“ enthält treffende Bemerkungen über den Niederbruch der Wirtschaft und dessen baldige Überwindung. Wir zitieren daraus:

„Wichtig ist, daß Arbeitslosigkeit auch dann nicht unser Schicksal zu sein braucht, wenn wir es nicht mehr mit einer ständig sich erweiternden und unter immer höherem Kapitalanteil produzierenden Wirtschaft zu tun hätten, sondern zu einer stetigeren Entwicklung kommen, in der die Produktivkräfte im wesentlichen zur Erneuerung des bestehenden (zur Aufrechterhaltung einer bestimmten Konsumgüterproduktion erforderlichen) Realkapitals und im übrigen eben zur Deckung der Nachfrage nach Konsumgütern verwendet würden. Dann arbeiten die Arbeiter eben stärker als bisher zur Befriedigung des Konsumgüterbedarfs. Vielleicht nähme dann sogar die Intensität der Konjunkturschwankungen ab, weil mit dem Fortfall der Expansion die Schwankungen des Produktionsmittelbedarfs nicht dauernd die Gleichgewichtslage zwischen Angebot und Nachfrage bedrohen.“



# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Pachtelrafer Verlag G.m.b.H. Hamburg-Bergedorf

Aber warum sollen wir die beiden Pakete den Etappenkengsten und Schreibstubenbullen, die sich bestimmt darüber hermachen werden, überlassen? Das sehen wir nicht ein, denn wir haben es doch sicher eher verdient. Und das Frontschwein Grützmacher wird es uns anderen Frontschweinen, denen er näher steht als den Blüten der Etappe, bestimmt gönnen...

Darum machen wir, Adamezik und ich, während Grützmacher nach draußen getragen wird, uns schnell über seinen Affen her und schneiden die beiden Pakete ab. Niemand merkt es, und nachher wollen wir teilen...

Lieber Kamerad, du wirst nicht böse sein, genau so wenig wie Sievers, dem wir die Zigaretten abnahmen, und wie Werner, dem die Eisenerne Ration nichts mehr nützte. Wir haben Kohldampf, das weißt du ja... die schönen Sachen werden uns gut tun bei der schlechten Verpflegung...

Im Vorbeigehen an der Pritsche sehe ich, daß sein Mantel liegengelassen ist. Sie werden ihn aber gleich nachholen; es wäre noch Zeit, daß ich ihn schnell mit meinem, der bedeutend schlechter ist, vertausche — die Soldatensprache hat uns für diese Maßnahme ein anderes Wort in den Mund gelegt —, aber ich zögere und zögere: nein, ich bringe es nicht fertig. Er braucht ihn doch noch notwendiger in der Kälte und mit seinem Fieber...

Wir gehen hinaus, der Sanitäter holt schon den Mantel, es regnet in Stürmen, dunkel liegt das verschnürte Bündel Feldgrau in der kalten Nacht auf der Bahre und erwartet den Sanitätswagen. Er kommt schon angerattert...

Grützmacher singt jetzt im Fieber, es ist aber nicht zu erkennen, was er singt... es geht alles bei ihm durcheinander... jetzt weint er wieder laut auf, noch als er in den Wagen geschoben wird...

So wurde Langer hineingeschoben, so wurde Bossin hineingeschoben, so versinken sie und verschwinden sie... einer nach dem anderen...

Als wir im Graben angekommen, greift der Franzose an... mitten im Regen... unsere Leuchtkegel gehen hoch... eigenes Sperrfeuer liegt zu kurz, beinahe auf unserem Graben... das ist ja eine verfluchte Nacht...

Wir stehen an den Böschungen, halten die Handgranaten bereit... Maschinengewehre werden in Stellung gebracht, rattern ohrenzerreißend dicht neben mir... ein Volltreffer vernichtet eines mit der ganzen Bedienung... Schreie von Verwundeten dringen aus dem Vorgelände, von den angreifenden Wellen her, zu uns... in unserer Stellung haben wir Tote und Verwundete, aber unsere Artillerie schießt jetzt gut, setzt ein hin- und her- und zurückwandelnden Feuerriegel vor die Reihen, zwischen die Wellen der Angreifer... Verwundete schreien in unserem Graben nach dem Sanitäter... wir wissen nicht, wer es ist, wer schon tot ist, niemand sieht nach rechts oder links... auf unserer Stellung liegt schweres Granatfeuer... ich grabe mich tiefer in die Grabenwand ein, ein Splitter streift meinen Armel, ohne mich zu verwunden.

Nachdem wir eine Viertelstunde im Regen und Granatfeuer gestanden haben, bricht der Angriff zusammen. Das Feuer ebbt ab, laut schreien die Verwundeten wieder im Vorfeld, dicht vor uns im Drahtverhau liegen die schwarzen Klumpen, die bis hierher vorgedrungen sind, dann wird das Feuer schwächer, hört auf — nur unsere Maschinengewehre bestreuen noch eine Zeitlang das Gelände...

Im Drahtverhau wimmern die Verwundeten, in der Dunkelheit sehen wir ihre schwachen Bewegungen... niemand kann ihnen helfen... In den nächsten Tagen werden wieder die furchtbaren Verwesungsgase in unseren Graben ziehen...

Dieser völlig unerwartete Angriff hat uns vollends zermürbt. Diesmal sollten wir die 2. Kompanie ablösen. Jetzt erst ziehen die armen Hunde ab und nehmen vier Tote mit, die nun für immer in Ruhe gehen — und sechs Verwundete, die noch transportfähig sind. Ich helfe beim Verbinden; zwei sind leichter verwundet... Sie lächeln trotz der Schmerzen, stützen sich gegenseitig und ziehen durch den Laufgraben mit ab: Heimatschuß... Wie im Traum sehe ich noch ihre weißen Verbände in der Dunkelheit vor mir, dann falle ich vor Erschöpfung in den Unterstand hinein...

Der Nachbarstollen ist eingedrückt. Es war zum Glück niemand drin, weil alle zur Abwehr des Angriffs draußen waren... Kaum haben wir uns lang gemacht, kommt der Befehl zum Freimachen des eingedrückten Stollens...

Ich buddelte mit... jede fünf Minuten muß ich mich hinsetzen... ich kann nicht mehr... rutsche allmählich lang in den Dreck und kann nicht wieder aufstehen...

Kilb und Adamezik bringen mich in den Unterstand, da ich die Beine nicht mehr bewegen kann. Wir haben vorher in dieser Stellung noch nicht gelegen. Es sind übereinanderliegende Feldbetten drin, das ist eine Annehmlichkeit, die wir in den vorigen Unterständen nicht hatten...

Im Hindämmern höre ich von Karl Kilb, daß beim Anmarsch der Gefreite Buck und der Rheinländer Engels gefallen sind. Kilb ist kaum zu erkennen. Er hält sich nur mühsam aufrecht. Trotzdem geht er wieder hinaus und hilft weiter mit beim Ausbuddeln, nachdem er mir vorher noch kalten Kaffee gegeben hat.

Schrecklich sah er aus: der Tod von Engels hat ihn furchtbar erschüttert. Als er mir den Namen nannte, war mir, als ob er weine...

Sie graben noch die ganze Nacht, und am anderen Morgen höre ich, daß Paul Schmiedekamp schwer verwundet im Graben liegt...

Ich gehe zu ihm, bei ihm steht Kilb, dessen Gesicht wie ein Schatten ist. Sie halten sich an den Händen, unverwandt blickt das gute Gesicht des Alten zu Kilb hoch. Stumm teilt er ihm, immer nur in Kilbs erstarrtes Gesicht blickend, seinen letzten Willen mit: den Willen eines Rebellen... Paul Schmiedekamp ist ein Bein zerschmettert, sein Gesicht ist grau grün verfärbt, und mir ist, als seien schon Totenflecke darauf zu sehen... Aber das können auch Lehmgespritzer sein.

Um zehn Uhr bittet er um seine Pfeife. Kilbs Hände zittern heftig, ich stehe dabei und kann keinen Ton hervorbringen.

Kilb zieht die Pfeife aus dem blut- und lehmverschmierten Rock Schmiedekamps heraus, findet auch den Tabakbeutel und stopft stumm die Pfeife. Er steckt sie dem Alten, der sich nicht mehr bewegen kann, in den Mund und zündet sie an.

Schmiedekamp schließt die Augen, ich halte die Pfeife fest, während Kilb immer neue Verbandpäckchen um das Bein wickelt durch die sofort das Blut sickert...

Der Alte zieht schwach an der Pfeife, sein Mund kann sie kaum noch halten. Der Unterkiefer tritt schon zurück, die schwarzen Zähne werden sichtbar. Schmiedekamp raucht in schwachen Zügen und hat immer noch die Augen geschlossen. Dann reißt er sie einmal gewaltsam auf, es muß ihm ungeheure Anstrengung kosten, das ganze Gesicht ist verzerrt. Er macht eine schwache Bewegung, als wolle er sich etwas aufrichten, aber er sinkt gleich wieder zurück...

Kilb setzt sich an den Rand des Lagers und hat wieder die Hand des Verwundeten gefaßt. Da ich auf Posten ziehen muß, nehme ich die andere Hand Schmiedekamps hoch und drücke sie ein letztes Mal. Er merkt es wohl und sieht mich an, ohne den Kopf zu bewegen. Seine Pfeife ist ihm aus dem Mund

gefallen, aber ich mag sie nicht wieder aufnehmen: ich weiß, daß er sterben wird...

Es ist das letzte Bild, das ich von dem Rebellen Schmiedekamp in mich aufnehme.

Nach einer Viertelstunde kommen Kranchträger und wollen den Verwundeten holen. Er ist aber schon gestorben.

Karl Kilb und ich sind allein... die letzten Verschwörer der Kompanie.

Schrecklich ist die Geschichte, die ich von Zeiß zu berichten habe:

Eine Zeitlang nach dem Anfall, den er damals hatte, als wir die neunzehn Toten in die Zeltbahnen legten, ging es wieder mit ihm, so daß wir seinen Zustand schon vergessen hatten. Wir haben ja auch so viel mit uns selbst zu schaffen.

Aber vielleicht, wenn wir es nicht vergessen und besser auf

Ihn geachtet hätten, wäre er nicht so furchtbar ums Leben gekommen.

In der dritten Nacht nach dem letzten Angriff der Franzosen hörte der Posten am linken Ende des Grabens ein Geräusch. Er lief hin und sah, daß eine Gestalt auf die Böschung kletterte. Er kam zu spät, um sie zurückzuziehen: es war Zeiß, der plötzlich laut schrie und lachte und durch das Drahtverhau stolperte in Richtung auf den feindlichen Graben zu.

Drüben haben sie natürlich das Schreien gehört und vielleicht einen Angriff vermutet. Jedenfalls schossen sie wie die Besessenen auf den Verrückten, der wie durch ein Wunder zuerst nicht getroffen wurde. Wir liefen im Graben zusammen und mußten ohnmächtig zusehen, wie Zeiß in den Tod rannte, ohne es zu wissen.

Wir schrien ihm noch nach, aber er wußte nicht, was er tat, — wir hörten nur zwischendurch das gräßliche Lachen.

Wir haben Leuchtkegel abgeschossen, drüben ließen sie welche hochgehen, im taghellen Licht sahen wir Zeiß noch einige Male auf und ab springen, in den Trichtern versinken, wieder herausklettern, immer schreiend und lachend. Einmal sahen wir noch, daß er sich umsaß und uns angrinste...

Es war nichts mehr zu machen. Schließlich traf es ihn natürlich doch. Als es wieder dunkel wurde, war alles still, als sei alles nur ein wilder Traum gewesen. Über das schreckliche Geschehnis rauschte die Finsternis wie ein schwarzes Meer zusammen...

## Neue Formen der Ehegemeinschaft

Die „freie Verlobung“ zwischen zwei jungen Menschen, wie sie das holländische sozialdemokratische Ehepaar Wibaut in seinem Buche „Zukunftsehe“ (Wordend Huwelijk) als Zwischenform zwischen der eigentlichen Ehe und der absoluten Ungebundenheit empfiehlt, betrifft eins der zentralsten Probleme des Sexuallebens der Jugendlichen unserer Zeit. Sie eröffnet eine dem Scheitern der späteren Ehe vorbeugende Möglichkeit. Darüber liest man in dem genannten Buche die folgenden Zeilen:

„Das heiratsfähige Mädchen kennt wohl einen jungen Mann, den es gern hat. Ebenso kennt der heiratsfähige junge Mann wohl ein Mädchen, das er leiden mag. Sollen sie heiraten? Sie haben beide Einkommen. Der junge Mann mehr als das Mädchen. Miteinander vielleicht gerade hinreichend, um zusammen zu leben. Aber halten sie genug voneinander, um zu heiraten? Wie man zu sagen pflegt, heiratet man für immer. Bei verschiedenen ihrer älteren Bekannten ist es schlecht abgelaufen. Sie können sich auf jeden Fall verloben. Aber eine Verlobung ist meistens nicht das Mittel, um sich gegenseitig gut genug kennen zu lernen, damit man getrost Mutes zu einer dauerhaften Verbindung übergehen kann. Eigentlich sollte man eine Zeitlang Mann und Frau sein müssen, bevor man heiratet.“

Daß dieser mit der Probehe der modernen Ehe reformer gleichstehende Vorschlag, der lediglich durch die Form der freien Verlobung eine noch leichtere Lösbarkeit des Verhältnisses ermöglichen will, auch in holländischen sozialdemokratischen Kreisen nicht unkritisch aufgenommen wurde, zeigt die romantische Opposition, mit der sich das Ehepaar Pothuis in seinem Buche „So soll die Ehe werden“ gegen diese Anregung wendet. Ihrer kritischen Betrachtung entnehmen wir die nachstehenden Ausführungen:

„Echte Verliebtheit, um nun einmal dieses Wort zu gebrauchen, wenn es auch leicht Anlaß zu Mißverständnis bietet, ist weit mehr nur ein Erwachen des Geschlechtstriebes. Dies erwachen geschah, namentlich bei dem jungen Manne, wahrscheinlich schon viele Male zuvor, auch wenn es dann nicht mit tieferen Gefühlen verbunden war. Aber jetzt tritt das Mädchen in sein Leben ein. Jetzt greift in sein Leben die junge Frau ein, die den unbestimmten Vorstellungen dessen, was ihm, häufig unbewußt, als Ideal vor Augen schwebte, erst Leben, Farbe und Gestalt gibt. Jetzt ist der Geschlechtstrieb mit allerlei andern Gefühlen verbunden, die auch sein geistiges Leben berühren. Gefühle unsagbarer Sympathie, außerordentlicher Übereinstimmung, zu tief für Worte, beinahe zu tief für klar umrissene Gedanken, reden in solchen Phasen eine Sprache, die weit über die nüchtern formulierten Darlegung in „Zukunftsehe“, wie sie vorstehend zitiert wurde, hinausgeht.“

Da beide Bücher von Sozialisten geschrieben wurden, die im Befreiungskampfe des niederländischen Proletariats ihr Bestes geleistet haben, so ist es begreiflich, daß der Meinungsstreit dieser beiden Ehepaare weit über die engeren Kreise der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hinaus ungeheures Aufsehen erregt hat.

Beide sehr gut begründete Auffassungen werden jedoch in ein anderes Licht gerückt, wenn man die wirklichen Verhältnisse unserer Zeit in Betracht zieht. Unzählige junge Männer zwischen 20 und 30 Jahren können heute einfach nicht heiraten, weil ihr Einkommen zum Unterhalt einer Familie nicht hinreicht. Unzählige junge Mädchen würden gern heiraten, wenn sie nicht mit Schrecken daran dächten, nachher an einen erwerbslosen Mann gefesselt und noch überdies durch Kinder in ihrer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit beeinträchtigt zu sein. Wir haben es hier mit Dingen zu tun, über die uns noch keine Statistik hinreichende Auskunft gibt, und doch scheint es, als ob die Zahl der jungen Menschen, die sich in dieser Lage befinden, eher größer als kleiner wird. Die freie Verlobung würde in einer Gesellschaft mit keiner oder nur geringer Arbeitslosigkeit sehr schön sein; unter den heutigen Verhältnissen würde sie nur zu einer wilden Ehe mit allen ihren Schattenseiten führen. Alle Liebesromantik ändert an diesen Tatsachen nichts; wenn der junge Mann zehnmal das Mädchen gefunden hat, ohne das er nicht leben zu können glaubt, und bei aller Liebesleidenschaft stempeln gehen muß, dann verfliegt der Rausch sehr schnell und an eine Heirat ist nicht zu denken.

Wir sind in unserem spätkapitalistischen Zeitalter bei schnell zunehmender Arbeitslosigkeit — falls man nicht zu einer den Vorschlägen der amerikanischen Technokraten etwa entsprechenden radikalen Verkürzung der Arbeitszeit übergeht — auf einer Phase angelangt, in der der Fortbestand des gesellschaftlichen Lebens in seiner Wurzel bedroht ist, sofern man sich nicht zu einer grundlegenden Umgestaltung des soziologischen Unterbaus entschließt. Die Ehescheu muß angesichts der Kosten des heutigen Kleinhaushalts mit seiner unproduktiven Überlastung der verheirateten Frau nur noch zunehmen, wenn sich nicht aller Gewohnheit zum Trotz die genossenschaftliche Haushaltungsform mit zentralisierter Küche endlich durchsetzt. Die Zentralküche als vereinzelter Experiment wird sich stets teuer stellen; die Zentralküche hingegen auf breiter Grundlage mit direktem Großeinkauf aller benötigten Lebensmittel direkt vom Produzenten bei weitgehender genossenschaftlicher Eigenproduktion wird die Nahrungsmittel weit billiger liefern und herstellen können als der heutige Kleinhaushalt mit seiner vielfachen Vergeudung wichtiger Nährstoffe. Die zentralisierte Fernheizung für ganze Städte wird weit ökonomischer wirken als heute Hunderttausende kleiner Heizgelegenheiten mit Kleinkauf der Brennstoffe.

Diese und andere Maßnahmen werden aber erst der Frau bei endlicher Begrenzung ihres Arbeitstages, soweit sie nicht selbst erwerbstätig ist, eine Entlastung verschaffen, die die bis in die Mittelschichten hinein 12 und mehr Stunden täglich schwer arbeitende Hausfrau unserer Tage sich nicht zu träumen vermag. Selbst bei Durchführung dieser Maßnahmen in einer wesentlich noch kapitalistisch eingestellten Gesellschaft würden die Lebensunterhaltskosten sich dann mindestens um 30 v. H. senken, und

damit ist auch die materielle Voraussetzung einer veränderten Ausdrucksform des Liebeslebens gekommen.

Man braucht dann einer freien Verlobung im Sinne der Wibauts keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüberzustehen, denn die aus der Romantik des Liebeslebens, wie sie das Ehepaar Pothuis so schön schildert, sich ergebenden Gefühle wurzeln im tiefsten Grunde ebenfalls im Geschlechtsleben und sind nur seine Veredelungsformen. Daß auch das Problem der Verkürzung der Arbeitszeit zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hierbei eine Rolle spielt, wurde schon gestreift. Vorläufig aber stehen wir der Tatsache gegenüber, daß der kapitalistische Sumpf augenscheinlich noch tiefer werden muß, bis die befreienden Kräfte der Zukunft im Interesse der Selbsterhaltung der Gesellschaft ihren soziologischen Unterbau zu zerschlagen vermögen.

Otto Burgemeister

## Alte Götter — neue Götzen

Das deutsche Volk wird wieder einmal zu einer Sammlung aufgerufen. Zu einer Geldsammlung für den Neubau einer „Niobe“. Das tragische Ende dieses Schulschiffs der deutschen Marine ist noch in aller Erinnerung. Das Wrack wird öffentlich zum Verkauf angeboten; man hofft gewiß auf einen „Liebhaber“, einen reichen Amerikaner vielleicht, der es als Museumsstück erwirbt. (Reiche Deutsche gibt es ja bekanntlich nicht mehr, denn wir sind arm alle miteinander, von Lahusener Kirchenmäusen abgesehen.)

Wir wollen uns hier mit dem Schiffsnamen „Niobe“ befassen. Schiffe insbesondere werden sehr gerne nach Stiftern benannt, nach Städten oder Schutzherren, um die damit ganz besonders zu ehren. Ja, manche Schiffe fahren unter kirchlich geheiligtem Namen, als „Santa Barbara“ oder als „Heilige Anna“. Man hofft wohl, daß sich die werten Heiligen für die Ehre durch besonderen Schutz „ihres Schiffes“ erkenntlich zeigen. Freilich kann sich dadurch heutzutage kein Schiffseigner mehr von der Versicherung befreien.

Wer nun war aber die „Niobe“? Eine Bewandnis wird es doch auch wohl mit ihr haben. Unsere Patrioten aber haben sich freilich, als die Katastrophe mit der „Niobe“ passiert war, klüglings ausgeschwiegen. Nach ihren Begriffen weiß der gemeine Mann in Deutschland ohnehin zu viel, wozu soll man ihm da noch nachträglich Unterricht in griechischer Sagensgeschichte geben? Und vielleicht wäre sogar dieser und jener abergläubisch und dächte, daß dieser schicksalhafte Name — es ist wirklich schon besser so, man schweigt darüber.

Nun wollen wir aber die alte Niobesage ausgraben: Niobe war die Enkeltochter des Griechengottes Zeus, also aus wirklich guter Familie. Sie hatte viele Kinder und war auf diesen Schatz besonders stolz. Aber die Götter wurden neidisch. Sie gönnten der Niobe weder die Kinder noch den Stolz. So beschlossen denn Apollon und Artemis, die Kinder zu töten. Artemis (die man in Rom Diana nannte) verstand sich aufs Schießen, Apollon (Apollo) desgleichen. Durch Pfeilschüsse also sollte Niobe ein Kind nach dem andern hergeben. Die Götter schossen gut. Bloß eine einzige Tochter war zu guter Letzt noch übriggeblieben, und die arme Niobe unklammert diese einzige und rief die strafenden Götter an: „Laßt mir die Eine von den Vielen“, allein die beiden Schützen waren schon zu gut im Zug; auch die letzte mußte dran glauben. Darüber nun erstarb das Mutterherz — die ganze Niobe wurde zu Stein, und aus ihren Augen ronnen bis auf den heutigen Tag die Tränen einer unglücklichen Mutter. Soweit die Sage.

Nun, wir stehen gewiß nicht in dem Geruch, abergläubisch zu sein. Wir wissen auch, daß ein Name heute nicht das ist, was er früher mal war: er wächst dem Träger nicht mehr zu, er wird ihm gegeben, ehe er gewachsen ist. Eins steht aber fest: es würde doch mancher Staatsbürger etwas nachdenklich, wenn er die — wenn auch sagenhafte — Bedeutung jener versteinerten Niobe erführe. Drum schweigt man sich im nationalen Lager darüber aus und vermeidet somit auch, daß den „Gebildeten“ unter den Staatsbürgern einfallen könnte, was sie einstmal in der Schule aus der griechischen Geschichte gelernt haben.

## Gedankensplitter von Max Eyth

- Denke nicht soviel, tue mehr: es macht nicht so dumm.
- Bei jeglichem Werk streckt sich die Zunge hervor. Wer aber die Hand anlegt, der bringt es zustande.
- Eine Stunde Sonnenschein ist mit einem Tag voll Nebel nicht zu teuer bezahlt.
- An Zeit fehlt es nur den unvernünftigen Menschen. Die Vernünftigen finden soviel als sie brauchen und mehr.
- Ein Mann, der nicht manchmal das Unmögliche wagt, wird das Mögliche nicht erreichen.
- Es ist keine Schande, wenn es einem nicht gelingen will, mit einem Besen das Wasser den Berg hinaufzutreiben; aber es ist eine, wenn man allzulang versucht, es zu tun.

## Zweierlei

Vater (zu seinen drei Töchtern): „Hört mal ihr Mädels: Jetzt ist's aber höchste Zeit, daß ihr euch nach Männern umschauf!“  
Zu seinen drei Jungen: „Und von euch hoffe ich, daß keiner so dumm ist und heiratet!“



# Verbandsleben



## Der Kampf um den Arbeitsplatz

Ein arbeitsloser Kollege schreibt uns:  
Wenn man lange in einem Betriebe tätig war, ist es selbstverständlich, daß man jetzt als Außenstehender, als Arbeitsloser, mit seinen ehemaligen Arbeitskollegen möglichst in Verbindung zu bleiben strebt, sei es durch die Tätigkeit in der Organisation oder durch freundschaftliche Beziehungen. Was die noch beschäftigten Kollegen von den jetzigen Bodenverhältnissen berichten, ist alles andere als erfreulich. Das Antreibersystem sowie die Lohn- und Akkordrücke haben ein unerträgliches Maß angenommen. Doch nicht nur dies.

Immer wieder muß ich im Laufe meiner Arbeitslosigkeit die Beobachtung machen, daß Überstunden geschoben werden, und zwar in einem Ausmaße, daß uns Arbeitslosen manchmal die helle Wut aufsteigt. Greift man einen solchen Kollegen heraus und macht ihn auf das Unverantwortliche seines Tuns aufmerksam, entschuldigt er sich meist mit dem niedrigen Verdienste, den er durch die Überstunden erhöhen wolle, oder er behauptet, sich als einzelner gegen den Vorgesetzten nicht durchsetzen zu können und mit den Wölfen heulen müsse. Zuweilen wird sogar versucht, den nachforschenden Arbeiterrat von der Dringlichkeit geforderter Überstunden zu überzeugen, wenn auch glatt das Gegenteil zutrifft. Und alles geschieht nur in dem Gedanken an das eigene Ich.

Es sind gewiß nicht alle Kollegen solch schwarze Raben, aber diejenigen, denen dieser Schuß paßt, sollten über das Verwerfliche ihrer Handlung nachdenken. Wohl kann man verstehen, daß manch einer durch die üblen Verhältnisse eingeschüchtert ist, aber niemals sollte der Kampf um den Arbeitsplatz auf Kosten der arbeitslosen Kollegen geführt werden. Während früher der einzelne Arbeiter wagte, sich gegen den Druck des Unternehmers und seiner Trabanten zur Wehr zu setzen, ohne gleich die Hilfe des Arbeiterrates oder der Organisation zu gebrauchen, ist heute oft nur noch stillschweigendes Abfinden zu finden. Ja, es ist traurig, zu berichten, daß vielfach auch dieses noch überschritten und durch Liebedienerei und Katzenbuckeln versucht wird, sich bei den Vorgesetzten in ein besseres Licht zu setzen. Wo in Zeiten guter Konjunktur ein reges Treiben organisatorischer Art und gewerkschaftliche Kleinarbeit zu finden war, findet man heute Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit. Viele Kollegen kümmern sich nur noch wenig um gewerkschaftliche Angelegenheiten, um nur nirgends anzuecken. Man verläßt sich lieber auf seinen Arbeiterrat und die anderen Funktionäre, wenn irgend etwas nicht klappt. Wehe, wenn es diesen nicht gelingt, zufriedenstellende Ergebnisse vom Verhandlungstisch mitzubringen. Daß auch die Betriebsräte gebunden sind durch das Betriebsrätegesetz und keine Bäume in den Himmel wachsen, dürfte wohl jedem Gewerkschafter klar sein. Daß eine geschlossene Belegschaft, die den Glauben an den Erfolg des Kampfes nicht eingebüßt hat, auch im Kleinkampf innerhalb der Werkstatt sich behaupten und vieles abwehren kann, ist noch klarer. Aber um dies zu erreichen, ist es nötig, daß der einzelne Kollege sich als Streitgenosse im Kampf um das Bessere betrachtet.

Der Kampf um den Arbeitsplatz ist auf die Dauer nicht siegreich für den einzelnen zu bestehen, wenn er sich die oben angeführten Mittel zu eigen macht. Wenn man ihn nicht mehr braucht, ist er ebensogut reif für die Strafe wie derjenige, der sich seiner Haut wehrt. Darum sollten sich die Kollegen besinnen, deren egoistische Ader stärker schlägt als die solidarische, und nicht nur immer an das eigene Ich und den augenblicklichen persönlichen Vorteil denken, sondern im Denken und Handeln eins sein mit denen, die an den Stempelstellen stehen und die das Tun und Lassen der noch beschäftigten Kollegen kritisch unter die Lupe nehmen. Denn ein steht fest: Das Schicksal der Erwerbslosen hängt auf das innigste mit den noch in Arbeit stehenden Klassenmitgliedern zusammen.

Auch wir Erwerbslosen verlangen einen Arbeitsplatz. Und wenn ein solcher für uns Millionen nur ein Großkampf gegen die kapitalistische Ordnung zu erreichen ist, so ist auch Kleinkampf in den Betrieben ebenso wichtig und der beste Solidaritätsbeweis für uns Arbeitslose, deren Schicksal ihr Kollegen im Betrieb vielleicht morgen auch schon teilen müßt.

## Das muß endlich aufhören

Bezugnehmend auf die Ausführungen „Der legale Weg“ in Nr. 1 der MZ gestatte ich mir einiges zu sagen: Nicht ohne Bitterkeit habe ich die treffenden Darlegungen des Kollegen gelesen. Auch ich habe die Auffassung, daß die Krise noch lange dauern wird und der Leidensweg des Proletariats noch viel grausamere Formen annehmen wird.

Wenn heute vom bürgerlichen Lager Prophezeiungen lauziert werden, als sei der Tiefstand der Krise überwunden, so glaubt dies kein vernünftiger Mensch mehr. Schauen wir uns doch die Zustände in Deutschland näher an: Ständig bringt die Tagespresse Mitteilungen über neue Pläne und Sanierungsmaßnahmen der Reichsregierung, um angeblich die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Nun wissen wir aus der Erfahrung der letzten Jahre, daß man mit derlei Maßnahmen, wie Kündigung der Handelsverträge, Erhöhung der Zölle, Abbau der Löhne und Gehälter, die wirtschaftliche Lage nicht verbessert sondern verschlechtert.

Welchen Schaden die bekannte Kontingentierung für die Exportindustrie bereits angerichtet hat, hören wir ja aus den Notrufen der Handelskammern. Ferner wird durch eine neue Erhöhung der Zölle eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der noch in Arbeit stehenden Leute unausweichlich sein.

Was mit den Millionen Arbeitslosen werden soll, darüber macht man sich bei der besitzenden Klasse kein Kopfrechen mehr. Man glaubt eben mit einer Spende von einigen Mark oder abgelegten Kleidungsstücken zur Winterhilfe seine Pflicht getan zu haben. Die Herren der Schwerindustrie machen kampflos den Versuch, den Abbau der Gestehungskosten (des Lohnes) noch weiter zu treiben. Siehe Ablehnung des Scheidenspruchs im Siegerland. Die Herren Syndikati laufen Sturm gegen die von ADGB gemachten Sozialisierungsversuche der Schwerindustrie, von der Stellungnahme der Unternehmer zur Vierzigstundenwoche auf der internationalen Arbeitszeitkonferenz will ich gar nicht schreiben.

Dies alles sollten brennende Mahnzeichen sein für die Arbeiterschaft, endlich den Bruderkampf aufzugeben und die Verständigung herbeizuführen. Zu dem unzeitigen politischen Richtungsstreit kommt hinzu, daß Tausende von Arbeitern dem Gewerkschaftsgedanken teilnahmslos, ja ablehnend gegenüber stehen oder in ihrer Kurzsichtigkeit denen nachsehen, die ihnen von heute auf morgen den Sprung in ein Schlaraffenland versprechen.

Aber auch viele organisierte Kollegen schimpfen über die miserablen Zustände, helfen aber durch ihre sonstige spießbürgerliche Einstellung mit, diese Zustände zu verlängern. Macht man gelegentlich diese Kollegen auf ihr widersprüchliches Verhalten aufmerksam, dann kommen sie mit allen möglichen

Ausflüchten. Sie bleiben Ewig-Gestrige, die alle Schuld an den Verhältnissen dem Führer in die Schuhe schieben. Daß damit diese Kollegen sich nur selber kennzeichnen, ist leider vielen noch nicht zum Bewußtsein gekommen.

Kein Führer kann natürlich den lebendigen Geist einer wahrhaft sozialistischen Kultur entfalten, wenn die organisierten Arbeiter mit ihren Familien die bürgerlichen Kitschveranstaltungen auffüllen und die von der Gewerkschaft und den sonstigen sozialistischen Organisationen arrangierten Darbietungen nicht besuchen. Es ist weiter sicher nicht Schuld der Führer, wenn Söhne und Töchter der Kollegen, ja selbst der Funktionäre, bei allen möglichen bürgerlichen Vereinen vertreten sind, nur nicht in den sozialistischen Jugendorganisationen.

Dies muß endlich aufhören. Das Millionenheer der Arbeiterschaft muß zur tätigen Mitarbeit an der Gestaltung seiner sozialen und kulturellen Belange bereit sein. M. Sch.

## Ein unmöglicher Zustand

Es handelt sich um die ungeheure Zahl der Kurzarbeiter, die sich im Falle der Arbeitsunfähigkeit einer grinsenden Leere gegenübersehen. Denn das nun zur Auszahlung kommende Kranken- oder Hausgeld langt in keiner Weise zur Erhaltung eines durch Krankheit oder Unfall geschwächten Körpers. Die seit langem verheißene Ankurbelung der Wirtschaft hat zwar Mehrereinstellungen zur Folge gehabt, jedoch ist die Gesamtzahl der Arbeitsstunden nicht wesentlich vermehrt worden. Es ist vielmehr die Wahrnehmung zu machen, daß in verstärktem Maße Kurzarbeit eingeführt worden ist. Hindert nun Krankheit oder Unfall den Kurzarbeiter an der Verwertung seiner Arbeitskraft, so wird nicht nur die körperliche, sondern auch die seelische Stimmung beängstigend herabgedrückt.

Folgendes Beispiel diene zur Erhärtung dieser Behauptung: Jemand arbeitet nur an drei Tagen der Woche mit einem täglichen Verdienst von 6 M. Das ergibt in einem Monat mit 12 Arbeitstagen einen Verdienst von 72 M. Beitragsbemessung und demzufolge auch das Krankengeld errechnet sich bei monatlicher Beitragszahlung: Gesamtverdienst (in unserem Falle) 12 Tage zu je 6 M = 72 M, geteilt durch 30 = 2,40 M. Weil eine weise Notverordnungspraxis die meisten Kassen zwingt, nur die gesetzlichen Regelleistungen zu gewähren, wird in unserem Falle ein Krankengeld von 50 vH = 1,20 M je Tag gezahlt. Sollte nun aber Krankenhausbehandlung erforderlich sein, und der Betreffende hat Angehörige ganz oder überwiegend zu unterhalten, so beträgt das Hausgeld für diese die Hälfte des Krankengeldes von 1,20 M = 0,60 M den Tag. Noch katastrophaler gestaltet sich die Lage für diejenigen, die nur ein oder zwei Tage in der Woche arbeiten oder deren Verdienst noch geringer ist. Daß unter solchen Verhältnissen der gewollte Zweck der Krankenversicherung, die Wiederherstellung des Erkrankten, nicht erreicht wird, versteht sich am Rande.

Hier muß durch die Gesetzgebung eingegriffen werden. Bis zur Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung vom 27. August 1931 war die Möglichkeit gegeben, die Kurzarbeiterunterstützung dem Lohne zuzuschlagen, hiervon Beiträge zu zahlen und auch dementsprechend Kranken- und Hausgeld zu erhalten. Viele Unternehmer haben damals die Beiträge mit übernommen. Die neuerliche Entwicklung zwingt zu einer Änderung des jetzigen unmöglichen Zustandes durch entsprechende Änderung der §§ 160 und 382 RVO und eine Bereinigung des Begriffes „Entgelt“ im Sinne der §§ 160, 163, 172, 180, 1581 RVO. Bisher wird ein Ersatz für entgangenen Verdienst nicht als Entgelt angesehen und daher bei der Berechnung der Beiträge außer Ansatz gelassen. Hierunter fallen auch die Lohnausfälle, die ein ehrenamtlich tätiger Kollege durch Wahrnehmung seines Amtes erleidet. Anzustreben ist ferner, daß die Beiträge, vielleicht in Form eines Pauschales für Beitragsklassen, von der Reichsanstalt übernommen werden, weil einmal die Einnahmen die Ausgaben weit übersteigen, zum andernmal von der kärglichen Unterstützung nichts mehr abgezwickelt werden kann, soll nicht der ganze Zweck der Unterstützung ins Gegenteil verkehrt werden. W. H.

## Härten bei den Winterzulagen

Die Winterzulagen, die an die Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung gezahlt werden, sind auf die Unterstützungsempfänger beschränkt, die mindestens einen Familienzuschlag für einen Angehörigen erhalten. Haben aber zum Beispiel beide Ehegatten gearbeitet und werden sie beide arbeitslos, so besteht kein Anspruch auf einen Familienzuschlag und damit auch kein Anspruch auf die Winterzulage. Und dies, obwohl in solchen Fällen die Eheleute zusammen infolge der Hilfsbedürftigkeitsprüfung keine höhere Unterstützung erhalten, als wenn nur einer von ihnen Unterstützungsempfänger wäre und den Familienzuschlag für den anderen erhielte.

Beim Versuch, diese Härten auszugleichen, kommt eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 3. Februar zur zustande, die es in solchen Fällen einem der beiden Ehegatten freistellt, auf den selbständigen Unterstützungsanspruch zu verzichten mit der Wirkung, daß abdamn dem anderen Ehegatten der Familienzuschlag und gleichzeitig mit diesem der Anspruch auf die Winterzulage zusteht. In einem Schreiben vom 6. Februar (III, 7312/10) empfiehlt auch der Präsident der Reichsanstalt diesen Weg als Ausgleich der Härten.

## Die „Besitzfestigung“ beginnt

Die Kohlenherren an der Ruhr haben den Lohnstarif für den Kohlenbergbau, also für weit mehr als 200 000 Arbeiter, just am Tage nach dem Regierungsantritt Hitler-Hugenberg gekündigt. Bezeichnenderweise hatten sie beschlossen, erst den Ausgang der Regierungskrise abzuwarten. Nunmehr wittern sie Morgenluft. Die Kündigung des Lohnstarifes soll dazu dienen, besonders „bedrohten Zechen“ eine Durchbrechung der Tariflöhne zu ermöglichen, das heißt also die Zerstümmung des Tarifvertrages zur weiteren Senkung der Elendslöhne.

Für das graphische Gewerbe bedeutet die bereits jetzt zum April erfolgte Ankündigung aller Buchdruckerei-Hilfsarbeiterstarife ein alarmierendes Signal. Im Baugewerbe sind die Lohnstarife auf der ganzen Linie gekündigt. Der Zweck ist eine erneute Senkung der Löhne um 10 bis 15 vH, und zwar in dem für die Arbeiter günstigsten Falle, denn zugleich sollen viele Orte in eine tiefere Ortsklasse gebracht werden. Der Lohn der Bauarbeiter ist in den letzten anderthalb Jahren „um“ um 50 und mehr vom Hundert gesenkt worden, also muß er weiter herunter.

Wer kann sich über diese Anschläge auf die Lohnhöhe wundern? Die Regierung Hitler-Hugenberg-Fapen hat als Hauptzweck die „Besitzfestigung“, das heißt, den Profit der Kapitalistenklasse zu festigen, und das geschieht, kann nur geschehen auf Kosten der arbeitenden Masse. Mit der Senkung der Löhne wird eine Steigerung der Nahrungsmittelpreise einhergehen. Der Anfang ist mit der Kündigung der Tarifverträge gemacht, das dicke Ende kommt nach der Reichstagswahl. Fällt sie zugunsten der Reaktion aus, wird eine Lohnkürzung die andre folgen. Darüber darf sich kein Arbeiter einer Täuschung hingeben.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 67 50 - 67 53

Mit Sonntag, dem 26. Februar, ist der 9. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Februar bis 4. März 1933 fällig.

Die ausgesteuerten Mitglieder, die später Anspruch auf Invalidenunterstützung erheben wollen, ersuchen wir, folgendes zu beachten:

Im § 6 des Statuts lautet der betreffende Absatz:  
Die 3b-Sonderklasse 40 Pf. (30 Pf. Invalidenbeitrag und 10 Pf. E-Marke) gilt für die Invaliden sowie für alle ausgesteuerten und nicht bezugsberechtigten Mitglieder, soweit sie nicht in der Lage sind, Vollbeiträge zu zahlen und den Anspruch auf Invalidenunterstützung erwerben und aufrechterhalten wollen.

Aus den letzten drei Worten dieser Bestimmung des Statuts ergibt sich, daß Mitglieder, die noch nicht invalid sind, aber ihrer Jahresklasse nach die Beitragsbedingungen der Übergangsbestimmungen zu § 12 des Statuts erfüllt haben, nicht 10 Pf., sondern 40 Pf. Beitrag zu zahlen haben, um die Anwartschaft für Invalidenunterstützung aufrecht zu erhalten.

Alle Mitglieder, die nach ihrer Jahresklasse bereits Invalidenunterstützung erhalten könnten, aber noch nicht invalid sind, sind nach den jetzt geltenden Bestimmungen verpflichtet, sofern sie ausgesteuert sind, bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit Beiträge der 3b-Sonderklasse zu zahlen, um die Anwartschaft auf Invalidenunterstützung aufrecht zu erhalten. Jede geklebte Erwerbslosenmarke schiebt die Bezugsberechtigung um eine Woche hinaus.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

## Der Vorstandsvorstand

## Michael Hierl im Ruhestand

Nach 29 jähriger Angestelltenzeit schied Kollege Michael Hierl als Bevollmächtigter aus unserer Verwaltungsverwaltung in Schwabach. Hierl stellte mehr als ein Menschenalter seine Kräfte der Arbeiterschaft zur Verfügung. Schon vor seiner Militärzeit reiste er sich ein in den Verband und die SPD. Im Jahre 1898, kaum 30 Jahre alt, kandidierte er im Wahlkreis Ansbach-Schwabach zum Reichstag. 1904 ging er als Geschäftsführer nach Dresden; 1905 kehrte er wieder nach Schwabach zurück. 1906 zog er in das Gemeindegremium ein und gehört noch heute dem Stadtrat an. 1908 wurde er bayerischer Landtagsabgeordneter und 1912 Mitglied des Reichstages, dem er bis 1920 angehörte. Die Arbeiterschaft Schwabachs wünscht dem Kollegen Hierl herzlich einen langen Lebensabend. Der Funktionärkörper der hiesigen Verwaltungsverwaltung hat es sich nicht nehmen lassen, von ihm in einer kleinen Feier Abschied zu nehmen. Von der Bezirksleitung war der Kollege Kneitinger erschienen, der ebenfalls die Verdienste des Kollegen Hierl würdigte.

## Jubilarfeiern

Durch eine gut verlaufene Feier ehrte die Verwaltungsverwaltung in Gassen N.-L. abermals 20 ihrer Mitglieder, die 25 Jahre und länger dem Verband die Treue gehalten haben. Zwei Mitglieder, die Kollegen Gillmann und Schumann, stehen schon über 40 Jahre in unseren Reihen. Nach Begrüßung durch den Bevollmächtigten überbrachte der Bezirksleiter, Koll. Miele, die besten Glückwünsche der Bezirksleitung. In seiner Festrede würdigte er die Verdienste der Jubilare und dankte auch den Frauen. Jeder Jubilar erhielt als Anerkennung die Jubiläumsmadel, ein Geldgeschenk und eine Topfblume. Im Namen der Jubilare dankte Koll. P. Hein. Einige Stunden gemütlichen Beisammenseins bildeten den Ausklang des Festabends.

## Schriftenschau

Die Zukunft. Herausgegeben von Gregor Bienstock. Verlagsbuchhandlung Karl Zwing, Jena. Die Nummer 20 Pf. Von dieser neuen sozialistischen Wochenschrift ist Nr. 5 erschienen. Sie behandelt „Hitlers Marsch auf Rom“, Reichswehr und Politik und die neue Handelspolitik, hieran schließen sich tagwichtige Glossen.

Die Frau gehört ins Haus! Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S-W 1930. Seiten. 10 Pf. In lebendiger Schilderung tritt diese kleine Schrift der falschen Einstellung zur Frauenarbeit entgegen. Ursachen und Umfang der Frauenarbeit, die tieferen Gründe der Minderbezahlung der Frau, Mittel und Wege zur Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne werden mit gründlicher Tatsachenkenntnis aufgezeigt. Die Schrift ist sowohl von der Erkenntnis der besonderen Berufsnot der Arbeiterinnen wie auch von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Frauenarbeit durchdrungen. Sie ist für die gewerkschaftlichen Funktionärinnen und Funktionäre unentbehrlich.

Der Wahre Jakob. Der Nr. 7 liegt eine wertvolle Sonderbeilage „Deutsche Kriegspostkarten“ bei, die uns ein anschauliches Bild von der leichtfertigen Kriegsverherrlichung aus der Zeit des Kriegsbeginns vermittelt. Diese Erinnerungen sind heute sehr wertvoll. Preis des guten Arbeiterwizblattes 15 Pf. In allen Buchhandlungen erhältlich.

Der Freiwillige Arbeitsdienst. Eine Zusammenstellung der Verordnungen und Ausführungsvorschriften zum FAD. Bearbeitet von H. Feldmann, Abteilungsleiter im Arbeitsamt Chemnitz. Ein Hilfsbuch für den Jugendführer und Funktionär. Preis 40 Pf. Versandbuchhandlung und Verlag für Fachliteratur, Chemnitz, Uhlichstraße 20.

## Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben  
an Unorganisierte und Gleichgültige.  
Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

# Nur keine Illusionen

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Durch die Gewerkschaftspresse geht ein Aufsatz von Schevenels, dem Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, worin es heißt, daß durch den Genfer Beschluß die Konvention für die 40-Stunden-Woche gesichert sei. Dazu haben mit Recht einige Schriftleitungen bemerkt, daß nur erst der Grundsatz der 40stündigen Arbeitswoche anerkannt sei, sie selbst aber erst durch die Arbeiterschaft erkämpft werden müsse.

Nichts wäre verkehrter, als die Hoffnung zu wecken, daß mit der Genfer Abmachung die große Reform und gar mit Lohnausgleich bald Tatsache werde. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß das Unternehmertum zu Zeiten der Krise in den Betrieben seine Macht verstärkt, die Löhne und Akkordsätze drückt, die bezahlten Ferien vermindert oder ganz wegstreicht, kurz daß die Arbeiterschaft ihre Errungenschaften schwinden sieht und daß die Arbeitszeit eher verlängert als verkürzt wird. Wer da meint, daß das Unternehmertum durch den Hinweis, die Verkürzung der Arbeitszeit sei ein Mittel zur Milderung der Krise, für die 40-Stunden-Woche gewonnen werden könne, befindet sich in einem schweren Irrtum. Mit Mahnrufen an die Einsicht ist dem Unternehmertum nicht beizukommen, denn es geht ihm zunächst und vor allem um den Profit. Selbstverständlich hätte es schon lieber alle Maschinen und Arbeitsplätze besetzt, um mehr Profit zu erzielen, aber da es genau weiß, daß dies der kapitalistischen Wirtschaft ein Ding der Unmöglichkeit sein und bleiben wird und es andererseits von einer sozialistischen Planwirtschaft nichts wissen will, harrt es, wartet es das „Ende“ der Krise ab und konkurriert sich derweil zu Tode. Daß das Unternehmertum bestimmt nicht gewillt ist, freiwillig die 40-Stunden-Woche zu bewilligen, geschweige noch mit Lohnausgleich, haben seine Vertreter auf der Genfer Konferenz recht drastisch bewiesen.

Es will auch rein gar nichts besagen, wenn in Genf etliche Regierungsvertreter die 40-Stundenkonvention befürworteten, und zwar im Sinne der Arbeitervertreter, daß die Erhaltung des Lebensstands ermöglicht werde. Bekanntlich mischt sich keine kapitalistische Regierung zugunsten der Arbeiter in die Lohnverhältnisse der Betriebe und macht diesen deshalb auch keine Vorschriften, sondern tritt gegen Lohnerhöhung oder für Lohnkürzung ein. Auch Regierungen mit sozialistischen Ministern sind nicht in der Lage, die Löhne entsprechend der verkürzten Arbeitszeit zu erhöhen, weil letztere eben doch das Unternehmertum regiert, solange der kapitalistische Staat mit seinen Klassengesetzen existiert. Den Beweis hierfür haben erst kürzlich die Unternehmer Dänemarks

geleistet, deren Vertreter in Genf mit aller Entschiedenheit gegen die 40-Stunden-Woche Stellung nahm und der sogar zum Führer der Unternehmergruppe ernannt worden war.

Tatsache ist und bleibt, daß die Unternehmer auch in Zukunft an ihrem Standpunkt festhalten werden. Einer Belehrung durch die Arbeitervertreter oder sozialgesinnter Regierungsvertreter werden sie nie zugänglich sein. Dafür haben auch die Vertreter Mussolinis den untrüglichen Beweis erbracht, womit aber auch erwiesen ist, daß der italienische Antrag für die Einführung der 40-Stunden-Woche nichts anderes als eine agitatorische Geste ist, um daheim beim eigenen Volke und in der Außenwelt zu glänzen. Das italienische Unternehmertum ist genau wie jedes andere gegen den Lohnausgleich. Es wird davon aber möglichst wenig verlauten lassen, um das Gesicht zu wahren, und weil es ja die Möglichkeit hat, sich damit auszureden, daß es nicht die 40stündige Arbeitswoche einführen könne, wenn es nicht international geschehe.

Die Regierung wie das Unternehmertum der Schweiz unterscheiden sich nicht um Haarsbreite von ihren Artverwandten im Auslande. Deshalb hat der schweizerische Bundesrat seinem Vertreter in Genf nur die Rolle eines „stillen Beobachters“ zugewiesen. Erst auf der eigentlichen Arbeitskonferenz wird der Bundesrat seine Vertretung mit bestimmten Anweisungen versehen und endgültig Stellung beziehen. Wie diese bezogen werden wird, ist im voraus zu ermessen. Der Bundesrat wird eher den Unternehmern Überzeitarbeit bis zu 52 Stunden die Woche für halbe und ganze Jahre bewilligen, als der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich zustimmen, weil er ja schließlich auch nur der Geschobene des Großkapitals ist.

So wird denn in der Schweiz wie anderwärts die 40-Stunden-Woche erst dann gesetzlich verankert werden, wenn sie durch den Kampf der organisierten Arbeiterschaft errungen worden ist. Ganz gleich verhält es sich mit einem Existenzminimum der Arbeiter und den bezahlten Ferien. Da nützt alles Protestieren gegen die Rückständigkeit oder Einsichtslosigkeit der Unternehmer nichts, sondern nur der Kampf, dessen Gelingen wiederum vollwertige Gewerkschafter zur Vorbedingung hat. Deshalb ist es auch nicht richtig, wenn vom „Kampf“ um die 40-Stunden-Woche in Genf geschrieben wird; hier sollte dieses Wort nicht mißbraucht werden. Was sich in Genf abspielt, ist nämlich nichts anderes als ein Wortgefecht, weil in Sachen der großen Reform das endgültige Resultat dasselbe sein wird wie das der „Abrüstungskonferenz“. Paul Stähli.

arbeiter. Die Landarbeiter sind nicht und waren niemals versichert. Selbst die Arbeiter in den Städten, besonders aber die, die auf dem Lande leben, sind außergewöhnlich anspruchlos und gewohnt, mit so wenig auszukommen, daß dies Wenige von Verwandten, Freunden, der Kirche, den Kommunen und den zahlreichen freiwilligen Hilfsorganisationen zur Not auch jetzt noch aufzubringen ist.

Brot, das oft aus Mais gemacht ist, ein bißchen Gemüse, eine Handvoll Makkaroni, Tomatenmark, ein Schluck Wein, solches Essen ist für einen italienischen Proletarier schon Lebensüberfluß. Mit Brot, Bohnensuppe und Olivenöl kann er täglich 12 bis 16 Stunden schuften. Fleisch bekommt er kaum jemals zu sehen. Vor dem Krieg kamen jährlich in Rom wenig mehr als 12 Pfund Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung.

Natürlich hilft auch das milde Klima Lebensumstände ertragbar zu machen, die in rauheren Gegenden tödlich werden müßten. Und in vielen Landstrichen ist der Boden so ertragreich, daß dort eben wirklich niemand verhungern kann.

In Städten wie Rom und Mailand haben die Faschisten ein großes Wohltätigkeitswerk aufgebaut. Wenn in Mailand ein Hauswirt Exmission beantragt, bezahlt der Ortsfaschio die Hälfte und läßt sich vom Hausbesitzer eine Quittung über den ganzen Betrag geben, der also damit die Hälfte aus eigener Tasche gezahlt hat. Rom wurde in 23 Distrikte aufgeteilt, von denen jeder (auch zur Erforschung der Bedürftigkeitsfrage) seine Hauspflegerinnen und jeder seine Küche hat und jeder Karten für Fleisch, Brot, Makkaroni, Suppe, Milch, Kohl und Fisch zugewiesen bekommt. Jeder Arbeiter, der noch Arbeit hat, muß einen Stundenlohn im Monat für dieses Werk der Barmherzigkeit beitragen; der Unternehmer beteiligt sich mit der gleichen Summe wie die Belegschaft. Viele Arbeiter geben auch einen ganzen Tagelohn, gewissermaßen als Sühnopfer für das Glück, noch Arbeit zu haben. Es werden täglich 2000 Liter Milch, 5000 Portionen Suppe, 4000 Pfund Makkaroni und ebensoviel Brot verteilt. Auch Kleidungsstücke und Schuhe werden abgegeben. Die Mahlzeiten in den Küchen sind nicht an bestimmte Stunden gebunden. Den sogenannten verschämten Armen ist kürzlich in Gestalt von 3000 Lebensmittelpaketen eine freudige Überraschung bereitet worden. Geld wird nur außerordentlich selten gegeben. 2550 Familien erhalten Mietunterstützung. Im Januar wurden in Rom 12 000 Familien unterstützt. Man rechnet aber damit, daß, wenn schlechtes Wetter eintritt, die Zahl wie im vorigen Februar auf 35 000 Familien ansteigt.

Hohe römische Kommunalbeamte versichern jedem gut empfohlenen Reisenden, daß es unmöglich wäre, daß irgend jemand in Rom verhungert. Das mag so sein. Wahrscheinlich ist italienischer Hunger und deutscher Hunger nicht das gleiche. Und es entspricht dem römischen Charakter und der römischen Weltanschauung, die Dinge von ihrer besten Seite anzusehen.

## Tschechoslowakei

Diese junge Republik mit 15 Millionen Einwohnern und 49 politischen Parteien (im Parlament wird tschechisch, deutsch, ungarisch und polnisch gesprochen) hat in den vierzehn Jahren ihres Bestehens einen bemerkenswerten Export aufgebaut, so daß hier im Jahre 1930 von einer Krise noch nicht viel zu spüren war. Erst in den letzten zwei Jahren ist das Volkseinkommen rapide um 37 vH gesunken, und die Zahl der Erwerbslosen betrug im Dezember 1932 601 438. Besonders schwer sind die nördlichen Städte mit ihren Glasfabriken und der Osten der Tschechoslowakei von der Erwerbslosigkeit betroffen; in Prag kommen im Durchschnitt auf 100 Einwohner nur 6 Arbeitslose, in andern Städten bis zu 30.

Im Jahre 1931, als die Erwerbslosigkeit noch viel gelinder war, hatte die Regierung 11,5 Millionen Mark für staatliche Arbeitsbeschaffung ausgeworfen, 1932 waren für die gleichen Zwecke, obgleich sich die Not vergrößert hatte, nur noch 8,5 Millionen Mark da. Dabei erwartet man, daß in den nächsten Monaten die Anzahl der Erwerbslosen auf 750 000 oder 800 000 ansteigen wird.

Die Erwerbslosenunterstützung ist hier nach ganz anderen Grundsätzen aufgebaut als in andern Staaten. Die Gewerkschaften sind ihre hauptsächlichsten Träger; ihnen obliegt die Aufgabe, die Unterstützung an ihre Mitglieder zu verteilen. Der höchste Satz an Unterstützung für einen verheirateten Mann, der bereits eine bestimmte Zeit Mitglied der Gewerkschaft war (durchschnittlich wird ein Jahr Mitgliedschaft verlangt), schwankt zwischen 12 M und 13,50 die Woche. Davon muß die Gewerkschaft ein Fünftel bezahlen. Der Satz für Ledige ist entsprechend niedriger; an ihm ist die Gewerkschaft mit einem Viertel beteiligt. Diese „höchsten“ Unterstützungssätze werden aber nur während der ersten sechs Monate der Erwerbslosigkeit gezahlt. Nach weiteren dreizehn Wochen, während welcher der Erwerbslose aus einem staatlichen Fonds unterstützt wird, fällt er der Armenpflege anheim. Diese Unterstützungssätze, so minimal sie uns auch erscheinen, sind aber nur der gewerkschaftlich organisierten Blüte, also etwa 30 vH, des tschechoslowakischen Proletariats vorbehalten. Die übrigen 70 vH bekommen, wenn sie erwerbslos werden, nur die staatliche Unterstützung, und diese beträgt 20 Kronen für einen verheirateten, 10 Kronen für einen ledigen Mann (100 Kronen sind 12,50 Mark).

Nach einem Jahr Erwerbslosigkeit allerdings bekommt auch der höchstbezahlte gewerkschaftlich organisierte tschechoslowakische Arbeiter nicht mehr als 4 bis 5 M in der Woche. Es sei denn, er erkläre sich bereit, an drei Tagen bei öffentlichen Arbeiten, Straßenbau, Flußregulierung usw., mitzuarbeiten, wofür er dann ungefähr 7 M in der Woche, eine Mahlzeit und für jedes Kind einen halben Liter Milch täglich, zwei Zentner Kohlen im Monat und, wenn er zwei oder mehr Kinder hat, einen Zentner Kartoffeln im Monat erhält.

Man gewänne allerdings ein falsches Bild, wenn man die erschreckende Winzigkeit aller der genannten Wochensätze nicht mit der Höhe der auch schon vor der Krise bezahlten Löhne in Vergleich setzt. Die unterste Grenze des tariflichen Wochenverdienstes für verheiratete gewerkschaftlich organisierte Arbeiter liegt in der Tschechoslowakei zwischen 3 und 4 M. Der höchste Tariflohn hat niemals 20 M viel überschritten. Immerhin hat das Geld in der Tschechoslowakei eine größere Kaufkraft und das tschechoslowakische Proletariat ist es gewöhnt, unbeschreiblich bescheiden zu leben. So wohnen zum Beispiel viele Tausende Prager Arbeiterfamilien in den sogenannten Waggonkolonien, das sind Niederlassungen am Stadtrand, die aus ausgemusterten, selbst umgebauten Eisenbahnwaggons bestehen.

Bei solch ohnedies auf den niedrigsten Lebensstand heruntergedrücktem Proletariat bringt eine Krise wie die jetzige natürlich viele Zehntausende Erwerbsloser mit Frau und Kindern dem Verhungern nahe. In vielen Familien langt es nicht einmal mehr einmal am Tag zu Kartoffeln, Schwarzbrot und Kornkaffee, dem in der von Fruchtbarkeit überquellenden Tschechoslowakei allgemein üblichen proletarischen Speisezettel.

Sechs Milliarden Kaufkraftverlust. Im Jahre 1932 betrug der Umsatz des deutschen Einzelhandels 22 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang von 6 Milliarden oder 20 vH. Infolge der Verringerung der Löhne und Gehälter und der Verminderung der Unterstützungen mußte das deutsche Volk seinen Bedarf um diese Riesensumme einschränken. Welche belebende Wirkung hätte es auf die Gesamtwirtschaft ausgeübt, wenn die 6 Milliarden Kaufkraft in der Volkswirtschaft zirkuliert und die Wirtschaft angeregt hätten. Ein großer Teil der beschäftigungslosen Arbeiter und Aagestellten hätten ihre Arbeitsstelle behalten. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik zwingt zu Einschränkungen und verdammt dadurch fleißige Arbeiter zur Beschäftigungslosigkeit.

## Die Arbeitslosigkeit in Europa

### Wie leben die Erwerbslosen? — Wie werden sie unterstützt?

Die Londoner News Chronicle läßt durch einen Vertreter, Mr. J. L. Hodson, eine Untersuchung der Lage der Arbeitslosen in europäischen Ländern vornehmen. Zu diesem Zwecke hat er acht Länder besucht. Im folgenden geben wir aus den ersten dieser sehr sachlichen Berichte, das für uns Leser Wesentlichste wieder. Den Schluß hoffen wir in einer der nächsten Wochen bringen zu können. Schriftleitung.

### Schweden

Noch im Jahre 1930 gab es in Schweden nicht mehr als 14 000 Erwerbslose, Oktober 1931 waren es 57 000, im August 99 000, im Oktober 1932 schon 123 000, im November zählte man 150 000 und fürchtete, daß es in allernächster Zeit 200 000 werden würden. Aber selbst das wäre immer noch nicht mehr als knapp ein Viertel des Prozentsatzes der deutschen Erwerbslosigkeit. Schweden hat eben länger der Krise widerstanden; erst Iwar Kreugers betrügerischer Zusammenbruch hat es ihren Wirbelstürmen preisgegeben.

Selbst in der Krise ist also Schweden im Vergleich mit England oder Deutschland noch immer ein glückliches Land zu nennen. In Schweden haben, entgegen unseren Sitten, die Reichen mehr Kinder als die Armen. Zwei Kinder, das ist der Durchschnitt in den Arbeiterfamilien. Die Löhne sind meistens recht hoch, die Lebenshaltungskosten mit Ausnahme von Miete und Kleidung sind niedrig. Fast jeder Arbeiter hat sein Motorboot, sein Telefon (es kostet bei 1000 freien Anrufen nur etwa 60 Mark im Jahr); auch das Bildungswesen des schwedischen Proletariats ist hoch entwickelt. Aus alledem folgert ein kräftiges, aufrechtes, kultiviertes, freisinniges Volk mit ruhigem Selbstgefühl.

Sogar die Erwerbslosigkeit hat daran noch nicht viel geändert. Jegliche Unterstützung ist an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden, die, da man sie auch bei der Altershilfe und Armenunterstützung gewohnt ist, als selbstverständlich ohne Bitterkeit hingenommen wird. Eine gesetzliche Erwerbslosenversicherung gibt es in Schweden bisher noch nicht. Die jetzige, im Oktober gewählte sozialdemokratische Regierung wird wahrscheinlich im Frühjahr einen Gesetzentwurf vorlegen. Die höchste Summe, die ein verheirateter Erwerbsloser in der Woche aus staatlichen Mitteln erhalten kann, ist in Stockholm etwa 20 bis 22 M, in ländlichen Gegenden, wo das Leben mehr als die Hälfte billiger ist, etwa 7 bis 8 M, dazu kommt dann ein Zuschuß von etwa 3 bis 4 M von der Heimatgemeinde.

Ihrer größten Nachdruck hat auch die sozialdemokratische Partei Schwedens bisher stets darauf gelegt, Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen. Ungefähr 32 000 Arbeiter sind voll mit öffentlichen Arbeiten beim Bau von Eisenbahnen und Häfen, bei Landtrockenlegung und Regulierung von Flußläufen, in den Staatsforsten und mit der Anlage öffentlicher Sportplätze beschäftigt. Für diese Arbeiten hat der Staat 1932 über 50 Millionen Mark und die kommunalen Behörden 13 Millionen Mark ausgegeben.

Auf die Frage, ob jemand in Schweden hungert, wird man immer und immer mit Recht ein entschiedenes, ja empörtes „Nein!“ hören. Besonders die geringe Bevölkerungsdichte — 24 Menschen auf den Quadratkilometer — nimmt eben der Krise, die eine Krise des Warenüberflusses ist, viel von ihrem Schrecken.

### Italien

In Italien wird weniger von der Erwerbslosigkeit gesprochen, als in England, Deutschland, Schweden oder Österreich. Das ist zum Teil eine Frage der Gesinnung, zum Teil auch eine Frage der Möglichkeit. Das Italien Mussolinis ist voll Uniformen-

und Waffen. Zahllose, verschieden bemäntelte und verschieden beschwerte Offiziere spreizen sich in den Straßen. Es bekommt also besser, statt von der Arbeitslosigkeit von den Aufbauplänen des Duce zu sprechen. Und so hört man viel und sieht auch einiges von Straßen- und Eisenbahnbau, Wasserleitungen, aufgeförserten Wäldern, urbar gemachtem Land, trockengelegten Sümpfen, von der Verjüngung Roms, der Deckung des Weizenbedarfs im eigenen Land und der Auswanderung in die Kolonien.

Mussolini hat in den letzten zehn Jahren nahezu 6 Milliarden Mark für öffentliche Arbeiten ausgegeben und davon fast 800 Millionen für Verbesserung von Land und das Aufforsten von Wäldern. Damit wurden im Durchschnitt 100 000 bis 150 000 Leute beschäftigt; die letzte genaue Zahl gibt 159 691 an. So wurden für einige hundert Bauernfamilien neue Höfe geschaffen.

Immerhin ist der Prozentsatz der Arbeitslosen, die bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden, auch in Italien nur gering. Und dabei hat das italienische Bild eine Seite, die bei den andern Staaten in der Krise fehlt. Was in Italien an öffentlichen Arbeiten getan wird, wird nicht nur getan, um Arbeit zu schaffen; Italien hat alle diese Modernisierungen dringend nötig. Sogar die großen Landstraßen sind häufig erschreckend schlecht, die Zufahrtsstraßen zu den Städten in so trostlosem Zustand, daß die Lebensmittel auf dem Weg zum Markt verderben. Die Wälder sind durch Raubbau in Grund und Boden gewirtschaftet. Malaria hat fruchtbare Landstriche in Wüsten verwandelt. Die Flüsse sind kaum reguliert, so daß schon geringes Ansteigen des Wasserstandes vernichtende Überschwemmungen mit sich bringt. In Rom sind ganze Straßenzüge wirre Haufen malerischer Hütten, ganzen Stadtvierteln fehlt Kanalisation und ordentliches Trinkwasser.

Italien schleppte sich um Jahrzehnte hinter der europäischen Zivilisation her. Die Nachkriegsentwicklung hat es gezwungen, den Vorsprung einzuholen. Auch wenn es für Italien kein Erwerbslosenproblem gäbe, diese Arbeiten hätten ausgeführt werden müssen, wenn auch vielleicht in geringerem Umfang und langsamer. Und dennoch bleibt die amtliche Zahl von 1 038 757 Erwerbslosen.

Über eine Million Erwerbslose, und davon bekommen nur 290 000 staatliche Unterstützung. Dazu ist diese Unterstützung schandbar klein und wird nur für höchstens vier Monate gewährt. Der höchste Satz, unabhängig davon, wieviel Kinder ein Mann hat, beträgt 3,75 Lire am Tag, nicht ganz eine Mark! Es gibt aber auch für ungelehrte Arbeiter Unterstützungen, die nicht höher sind als 39 Pf. oder gar 18 Pf. am Tage. Dennoch ist Professor Medolaghi, Direktor der Erwerbslosenversicherung, gern bereit, Ausländer damit zu trösten, daß fast alle Erwerbslosen die höchsten Sätze beziehen. Daß trotz der so geringen Unterstützung die Versicherung im Jahre 1931 ein Defizit von fast 4,5 Millionen Mark hatte, und daß 1932 das Defizit auf nahezu 16 Millionen Mark stieg, gibt der Professor nicht so gerne zu. 1931 wurden 23 Millionen und 1932 38 Millionen Mark an Unterstützungen ausbezahlt. Von den Unterstützungsberechtigten sind 210 172 Landarbeiter, 92 000 arbeiteten in der Lebensmittelindustrie, 101 904 sind Metallarbeiter, 313 500 Bauarbeiter und 134 685 Textilarbeiter. Ihre Gesamtzahl im Januar 1933 war um 80 000 höher als im Oktober 1932, und sie war bereits von Juni bis Oktober 1932 um 100 000 gestiegen. Nichtsdestoweniger ist Professor Medolaghi fest davon überzeugt, daß die jetzige Zahl in der Zukunft nicht mehr viel überschritten werden wird.

Und wie fristen die 740 000 gezählten Erwerbslosen ihr Leben, und wie die ungezählten, die keine staatliche Unterstützung bezogen? Ohne nähere Kenntnis des Landes muß hier jede Vorstellungskraft versagen. Italien ist ein Agrarland. Von seinen 12 bis 13 Millionen Arbeitern sind nur 4 Millionen Industriear-

BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER



IST DIE

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, BERLIN

Zentrale: SW 10, Märkisches Ufer 32 und Wallstraße 66, 68
Depotkassens: SW 68, Lindenstr. 3
Filialen: Bochum, Viktoriastr. 44, Braunschweig, Oelschlägerstr. 29, Bremen, Nordstr. 43, Breslau, Margaretenstr. 17, Berlin, Mühlentorstr. 63, Dresden, Maxstraße 17, Essen, Huyssenallee 82, Frankfurt a. M., Bürgerstr. 69-77, Hamburg, Besenbinderhof 69, Hannover, Nikolaistr. 10, Köln a. Rh., Severinstr. 238, Leipzig, Zeitzer Str. 28, Linz, Blumauerstr. 4, Lübeck, Köhlerstr. 168, Magdeburg, Gr. Mauerstr. 2, München, SO 7, Postlorenzstr. 40-42, Saarbrücken 3, Kaiserstr. 26, Stuttgart, Kronenstr. 24

Hohe Reserven des Siemens-Konzerns

Die Stammgesellschaften des Siemens-Konzerns legen ihre Abschlüsse vor. Die Firma Siemens & Halske vermag noch 7 vH Dividende zu verteilen. Daneben ist erwähnenswert, daß die offenen Rücklagen von S. & H. 177 Millionen betragen, das sind 170 vH des Aktienkapitals als offene Reserven. Die Gesamtbilanz des Konzerns verminderte sich von 99 000 auf 75 000.

Autoschau in Berlin

In den Berliner Ausstellungshallen ist jetzt wieder Hochbetrieb. Eine große Industrie Deutschlands und des Auslandes versucht, ihr Können durch Ausstellung ihrer Fabrikate zu zeigen. Die Kraftwagenindustrie hat eine große Krise hinter sich. Der Umsatz in Deutschland ist im Jahre 1932 auf 300 Millionen Mark gegen 1000 Millionen im Jahre 1928 zurückgegangen. Noch niemals dürften so revolutionäre technische Neuerungen gezeigt sein als in diesem Jahre. Schwingachsen, Vorderantrieb, vor einigen Jahren noch unbekannte Begriffe, haben sich weitgehend durchzusetzen vermocht. Der Kleinwagen beherrscht das Feld. Nicht weniger als 50 Wagentypen unter 2 Liter Hubvolumen werden gezeigt. Jeder Geschmack und jeder Wunsch kann auf der diesjährigen Ausstellung befriedigt werden. Angefangen von den großen 200 PS Maybach-Wagen mit 12 Zylindern bis zum Kleinstauto, das bereits für 850 M zu haben ist. Der Betrag, den man sonst zur Anschaffung eines mittelstarken Motorrads verwandt, reicht heute bereits für einen steuer- und führungsfreien Wagen.

Es ist kaum glaublich, was auf diesem Gebiet geleistet wird. Für 1390 M bekommt man bereits eine Limusine. Opel hat ebenfalls einen neuen Typ, den Einliter-Wagen, hergestellt, der als Limusine für 1990 M zu haben ist. Die bekannten Typen der Firmen Opel, Ford, Adler, NSU, DKW, BMW, Daimler-Benz usw. sind technisch weiter entwickelt. Die Karosserie ist strömungsartig verbessert. Bei den Motorrädern kann man ebenfalls große Fortschritte feststellen. Von dem mit einem Motor ausgestatteten Fahrrad bis zur schwersten Maschine kann jeder seinem Geschmack und seinem Geldbeutel gemäß befriedigt werden. Die Freunde des Motorradsports werden über die neuen Modelle erstaunt sein.

Auch auf dem Gebiete der Nutzfahrzeuge fallen Neuerungen in die Augen. Vom Eintonnen-Schnellastwagen bis zum Großraumwagen bietet die Industrie alles, was der moderne Verkehr braucht. Schienenomnibusse sind in großer Zahl vertreten. Dieselmotoren, Schwergewerger, Schwingachsen, Freilaufgänge und ähnliche Neuerungen werden in den verschiedensten Ausführungen gezeigt. Die internationale Autoindustrie ist auf einen Konjunkturaufstieg gerüstet. Es fehlt nur die - Kaufkraft.

Jedem Automobilisten lacht das Herz, wenn er die Ausstellung durchwandert. Man hat das Empfinden, daß die Autoindustrie sich der gesunkenen Kaufkraft noch nicht ganz angepaßt hat. Hinzu kommt die schwere steuerliche Belastung, die auf den Kraftwagen liegt. Die deutsche Regierung hat eine Erleichterung in Aussicht gestellt. Doch muß man diese erst ab-

Das weitbekannteste, oft genannte, viel benutzte, immer bewährte GEG-ZÜNDHOLZ AUS EUREM KONSUMVEREIN

warten. Hunderttausende von Arbeitern könnten Beschäftigung erhalten, wenn es gelänge, Produktionsmöglichkeit und Kaufkraft auf eine Linie zu bringen.

Die Volksfürsorge zahlt aus

Bei der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, laufen gegen Ende dieses Jahres die ersten Versicherungen regulär ab. Über 50 000 der sofort nach Beendigung der Inflation auf die Dauer von 10 Jahren umgestellten früheren Papiermarkversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von rund 8 1/2 Millionen Mark werden ausgezahlt und sicher bei den in Frage kommenden Personen große Freude auslösen. Der Wert einer Lebensversicherung wird durch diese bevorstehenden Auszahlungen bei Lebzeiten besonders sichtbar. Mit den vereinbarten Versicherungssummen werden auch die im Laufe der Jahre aus dem Gesamtüberschuß gutgeschriebenen und aufgezinsten Gewinnanteile überwiesen.

CLUB mit echten Bromsilber-Fotos

Neue Schriften

Der Osthilfe-Skandal. Der wunde Punkt der nationalen Regierung ist die Osthilfe. Reichskanzler Schleicher mußte gehen, weil er den Vorhang vor dieser Korruption zurückgezogen hat. Man wünscht, daß die Bauern und Arbeiter nicht sehen, wie sie betrogen werden. Der Kleinbauer kämpft um sein Dasein. Er möchte seine Produkte an den Arbeiter verkaufen, und der kann nicht kaufen, weil seine Kaufkraft vom Kapitalismus zerstört wurde. Die Bauernnot sollte mit Staatshilfe gelindert werden, und diese Mittel sind dem Großagrarismus zugelassen. Das hat Kurt Hennig in seiner großen Reichstagsrede, die in dieser Schrift niedergelegt ist, angeprangert. Die Schrift ist gutes Wahlmaterial. Preis 10 Pf. Verlag I. H. W. Dietz, Berlin.

Die Scholle. Von Vicente Blasco Ibanez. Die Büchergilde Gutenberg hat dieses schön ausgestattete und in Leinen gebundene Werk für ihre Mitglieder zu Weihnachten zum Vorzugspreise von 1,60 M herausgebracht. Der Roman „Die Scholle“ gehört zu den Werken Ibanez, die den Weltfrieden des spanischen

Schriftstellers begründet haben. Ibanez, der in seinen Romanen stets einen Ausschnitt aus dem Leben des spanischen Volkes gibt, hat hier den Jahrhunderte alten Kampf um die Scholle zum Gegenstand genommen. Wir lernen das Dasein der spanischen Bauern und Landproletarier kennen und begreifen ihren Haß gegen ihre Ausbeuter, diesen Haß, der eine der Ursachen der sozialen Umwälzung im heutigen Spanien ist. Ibanez schrieb das Buch, als er infolge seiner Tätigkeit als Agitator und Journalist von der Polizei verfolgt wurde, er schrieb es in seinen besten und -türmischsten Jahren. „Die Scholle“ hat bisher eine europäische Auflage von über zwei Millionen erreicht. Die deutsche Auflage wird diesen Triumphzug fortsetzen.

Deutscher Werkmeister-Kalender 1933. Preis 3.-M. A. Ziemsen Verlag, Wittenberg. Der Kalender erscheint in 10 Ausgaben für die hauptsächlichsten Zweige der Metallindustrie, als Dreherei, Fräseerei, Schlosserei, Härtere, Betriebsberechnungen usw. Jeder Band umfaßt 300 bis 400 Seiten und ist reichlich mit Bildern versehen. Die einschlägigen Tabellarica und Kalendarica ergänzen das zweckmäßige und brauchbare Werkstattbuch.

Wer das übersieht

- Wer das überieht... Welches Hemdentuch... Welches Hemdentuch... Wer das liest, der bestelle auf jeden Fall sofort!... Wer solche Ware erhält, und nicht kauft aber Güte und Preis, der sende die erhaltene Ware auf meine Kosten zurück!... 4400 Arbeiter und Angestellte in eigenen Fabriken und der Versand-Abteilung

Togal unübertroffen bei Rheuma - Gicht Kopfschmerzen

Für RM. 12.50 jahrelang Licht! BOSCH

Aktienrecht für Betriebsräte

Zugentrankearbeiten

LINGEL nur Herrenschuhe

Billige böhmische Bettfedern

Josef Witt, Welden 3 1/2 (Opl.)